

eingrichtet. Wofür sonst? — Greifen Sie mit Ihren Sturmabteilungen die Kapitalisten an? — Niemals! Aber Sie greifen die Arbeiter an. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Zuruf bei der NSDAP: „Was Sie so Arbeiter nennen!“ — Erregte Zurufe bei den Kommunisten.) Keine Aufregung! Das sind doch Tatsachen! Ich stelle diese Tatsachen nur fest. Darum auch der Terror, der von Ihnen gegen die revolutionären Arbeiter ausgeübt wird!

Sie haben sich in der zweiten Sitzung darüber aufgeregt, als ich sagte, daß hier in Ihren Reihen Arbeitermörder sitzen. Ich meine, daß von Ihrer Partei aus der politische Arbeitermord organisiert wird. (Andauernde erregte Zurufe bei der NSDAP.)

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Baumhoff, den Redner unterbrechend: „Zunächst bitte ich um Ruhe. Herr Abgeordneter Pieck, ich muß Sie zur Ordnung rufen. Sie dürfen nicht sagen, daß eine Partei den Arbeitermord organisiert.“ (Anhaltende große Unruhe bei der NSDAP. — Zurufe bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Baumhoff: „Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.“

Ich berufe mich dabei auf die Gerichte! (Zuruf bei der NSDAP: „Zur Ordnung rufen!“)

Vizepräsident Baumhoff: „Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.“

Ich berufe mich darauf, was von den Gerichten festgestellt worden ist. Es liegt eben hier . . . (Anhaltende Unruhe bei der NSDAP: „Wo bleibt der Ordnungsruf?“)

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Baumhoff, den Redner unterbrechend: „Ich habe den Redner zur Ordnung gerufen.“ (Zuruf bei der NSDAP.) — „Ich brauche doch bei dem Lärm nicht so laut zu sprechen, daß Sie alle das hören. Ich habe den Abgeordneten Pieck zur Ordnung gerufen.“ (Zurufe bei der NSDAP: „Das müssen wir doch hören!“)

(Glocke des Präsidenten.)

Ich denke, ich war deutlich genug. Aber ich frage: Wann und wo haben Sie dieselbe Methode, die Sie gegen die Arbeiter anwenden, gegen die Kapitalisten angewandt? Niemals und

nirgends! Es liegt ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Ihrer Agitation und Ihren Handlungen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Solange Sie nicht die Macht haben, können Sie diesen Gegensatz verbergen. Aber die Massen werden Ihnen ihre Forderungen stellen. Wenn Sie glauben, Ihr Ziel erreicht zu haben, dann werden die Massen zu der Erkenntnis kommen, daß sie getäuscht worden sind, und dann wird die Stimmung der Massen umschlagen in eine Feindschaft gegen Sie und in den Willen zum Kampf gegen den Kapitalismus und zum Sturz des Kapitalismus. Wir Kommunisten wollen verhindern, daß die Massen diesen Leidensweg erst bis zu Ende gehen müssen. Darum unser Kampf zur Verhinderung einer Naziregierung. Wir werden unter Einsetzung aller Kräfte des Proletariats zu verhindern suchen, daß Sie hier oder sonstwo anders die Regierungsmacht in die Hände bekommen. Sollten Sie sie trotzdem bekommen, so werden wir auch gegen Ihre Regierung genau denselben Kampf führen, wie wir ihn gegen jede kapitalistische Regierung führen. (Lebhaftes Händeklatschen bei den Kommunisten. — Zurufe bei der NSDAP.) Unser Gegensatz zur Braun-Severing-Regierung ist anderer Art als der Ihrige. Wir bekämpfen diese Regierung, weil sie eine Politik der schärfsten Schädigung der Arbeiterschaft getrieben hat, weil sie durch ihre Politik nicht nur einen unerhörten Unterdrückungsfeldzug gegen die revolutionäre Arbeiterschaft geführt hat, sondern weil sie auch — wie sie selbst zugestanden hat — die beste Stütze der Brüning-Regierung bei der Durchführung ihrer Notverordnungen war. Wir bekämpfen diese Regierung, weil sie dem Katholizismus und der evangelischen Kirche die Konzession der Konkordate gemacht hat und immer wieder die Mittel für die Besserung der Lage der Arbeiterklasse verweigerte. Das ist der Gegensatz, der zwischen uns und dieser Regierung bestand. Aber das bedeutet nicht etwa, daß wir den Nazis Gelegenheit geben wollen, die Stelle dieser Regierung einzunehmen, um eine noch schärfere Politik gegen die Arbeiterklasse zu führen. Deswegen werden wir Ihnen in diesem Parlament keine Chance geben, dieses Ziel zu erreichen. Die Kommunisten stellen sich darauf ein, den Kampf gegen dieses System und gegen jede kapitalistische Regierung auf außerparlamentarischem Wege zum Siege zu führen. Darum der Aufruf der Kom-

munisten zur Antifaschistischen Aktion. Das Ringen der Kommunisten, die Arbeiter in die Kämpfe zu führen, hätte schon längst zum Siege geführt, wenn nicht die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Bildung einer Einheitsfront unausgesetzt behindert hätten. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die ganze Tätigkeit dieser Leute nach dem November 1918 war nur auf den Schutz des Kapitals und gegen die proletarische Revolution eingestellt. Wer aber das Kapital unterstützt, wer die Arbeiterklasse an ihrem Befreiungskampf hindert, der ist an den Folgen schuldig, die sich aus dieser Politik entwickeln. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Deshalb konnte sich die Braun-Severing-Regierung dieser Verantwortung nicht entziehen, wenn sie auch in dem Bewußtsein demissionierte: Man kann uns nicht wegbringen, wir haben das Bollwerk der Geschäftsordnung geschaffen; das ist nur ein Täuschungsmanöver gegenüber den werktätigen Massen und liegt in der Linie der sozialdemokratischen Politik. Darum haben wir gefordert, daß die Minister hier erscheinen, um sich zu verantworten. Die Scheingründe, die in dem Schreiben des Ministerpräsidenten angegeben worden sind, dienen nur zur Verschleierung der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten hier erklärt haben: Wir werden nicht zulassen, daß sich unsere Parteigenossen hier herstellen, um sich zu verantworten. Das zeigt also, daß diese Angelegenheit nicht nur eine Verfassungsfrage ist, sondern eine politische Frage. Die Sozialdemokratie sieht sich vor der Gesamtheit der werktätigen Massen Deutschlands auf die Anklagebank gesetzt und sucht jetzt nach mildernden Umständen für ihre Verbrechen, die sie an der Arbeiterklasse begangen hat. Sie sagt: Wir konnten nichts erreichen, denn die Kommunisten haben die Einheit der Arbeiterklasse gespalten — sie haben unsere Politik der Tolerierung der Brüning-Regierung nicht mitgemacht, und sie haben auch nicht den Streikbruch mitgemacht, den wir jedesmal organisierten, wenn die Arbeiterschaft ernsthaft kämpfen wollte. Auf diese Weise sucht die Sozialdemokratie vor den werktätigen Massen die Schuldfrage zu verschieben, um sich die Möglichkeit zu verschaffen, diese Täuschungen weiter fortzusetzen. Aber mit diesem Spiel wird es bald zu Ende sein. Denn was sich jetzt als Auswirkung der Schlägerei, die sich hier vor einer Woche ab-

gespielt hat¹, in der Arbeiterschaft zeigte, das beweist, daß die sozialdemokratischen Arbeiter wohl verstehen, was Tolerierungspolitik bedeutet: Tolerieren heißt die Machtübernahme durch den Faschismus ermöglichen. Was sich hier bei dem Angriff der Nationalsozialisten auf die Kommunisten vollzog — daß die Sozialdemokratie feige die Flucht ergriff und nicht an der Seite der Vertreter der Arbeiterschaft stand, das ist ein Symbol für ihre Politik draußen im Lande. Wir haben das schon zur Genüge kennengelernt. Im August 1914, im November 1918, beim Kapp-Putsch 1920, im Oktober 1923 war es die Sozialdemokratie, die zum Schein vor dem gesamten Volke so tat, als ob sie die Führung des Kampfes übernehmen wollte. Aber als das Proletariat im Kampfe stand, sah sie ihre Aufgabe darin, den Kampf abzuwürgen und das Proletariat daran zu hindern, den Sieg zu eringen. Wir sind überzeugt, daß die Sozialdemokratie diese Rolle, die sie zu spielen hat, noch nicht ganz ausgespielt hat. Wir sehen den Tag kommen, wo sich das Proletariat in Deutschland erhebt und wo die Sozialdemokratie im Namen der „Ordnung“ und der „Demokratie“ nicht an der Seite der Arbeiterschaft, sondern an der Seite der Feinde der Arbeiterschaft stehen wird. Heute spüren auch die Arbeiter, daß diese Stunde herankommt. Darum Einheitsfront von unten, darum der Wille der Massen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Gewerkschaften, in den Wohngebieten, jetzt zur Einheitsfront zusammenzufinden, um den Kampf auch gegen den Willen ihrer eigenen Führer einheitlich aufzunehmen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Daran wird die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft ihrer Partei nicht hindern, und wenn sie eine noch so große Hetze gegen die Kommunisten entfaltet. Die Arbeiterschaft hat es wohl empfunden, welche Niedertracht darin lag, daß der „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie zu den Kämpfen vor einer Woche in diesem Saal nichts anderes zu sagen wußten als: Kommunisten und Nazis sind einander würdig. Ja, die Arbeiterschaft versteht schon, was dieses Abrücken von den Kommunisten bedeutet. Sie versteht schon, daß die sozialdemokratischen Führer begannen, sich dünne zu machen. Es wird dicke Luft in Deutschland, und darum bringt sich in Sicherheit, wer kann. Sie werden es sein, die es der Arbeiter-

¹ Siehe Seite 662 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

schaft überlassen, unter Einsatz ihres Lebens den Kampf mit dem Feinde auszufechten. Es ist doch nicht von ungefähr, daß gerade sozialdemokratische Polizeiminister und Minister überall das Proletariat hemmen wollen, seinen Kampf durchzuführen. Wer hat die Antikriegsdemonstration verboten? — Der Sozialdemokrat Grzesinski! Wer hat das Flugblatt über die Antifaschistische Aktion verboten? — Herr Grzesinski! So ist Grzesinski im Grunde genommen (Zur NSDAP.) Ihr Beschützer, er will Ihnen helfen. Sie werden ihm wahrscheinlich dafür nicht danken, aber er will doch das Proletariat hindern, seinen Kampf siegreich zu Ende zu führen.

Wir glauben deshalb nicht — wie es die Nationalsozialisten fordern —, daß man mit dieser Regierung vor einem Staatsgerichtshof abrechnen kann. Wir haben nicht nur kein Vertrauen zu einem solchen bürgerlichen Staatsgerichtshof, wir sind auch der Meinung, daß die Unterscheidung, die Sie zwischen den Zentrumsministern, Sozialdemokraten und Staatsparteilern machen, nicht ganz ehrlich gemeint ist. (Abgeordneter Kube: „Doch, sie ist uns absolut ehrlich, darauf können Sie sich verlassen!“) — Herr Kube, ohne Augenzwinkern? (Heiterkeit.) Das Zentrum kann stolz sein auf dieses Vertrauen. Wir haben das heute im Ältestenrat gesagt: Wir wissen schon, daß Sie Freunde werden, sosehr auch das Zentrum jetzt den Bannstrahl gegen Herrn von Papen schleudert. Aber es wird nicht lange dauern, dann werden Sie sich in den Armen liegen. Kann das Zentrum nicht mit der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterschaft regieren, dann wird es das mit Ihnen tun. Deshalb glauben wir, daß schon diese Unterscheidung sehr darauf schließen läßt, daß Sie es auch nicht ganz ernst mit Ihrem Antrage¹ meinen. Im Grunde ist es so, daß die Zentrumsminister in nicht minderem Maß für die Gesamtpolitik verantwortlich sind. Wir können das doch jetzt nicht zum Anlaß der Anklage nehmen, weil sie heute nicht erschienen sind. Wenn wir die Regierung anklagen, dann wegen der Verbrechen, die sie gegenüber der Arbeiterklasse begangen hat.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Baumhoff, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung. Sie

¹ Siehe Seite 661 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

können einer Regierung nicht vorwerfen, daß sie Verbrechen begangen hat. Ich mache Sie auf die Folgen des dritten Ordnungsrufes aufmerksam."

Ich nehme das zur Kenntnis. Aber hier sind schon vor meinen Ausführungen sehr viel schärfere Worte gegen die Regierung gefallen, und es ist von dem Präsidenten nicht zur Ordnung gerufen worden.

Vizepräsident Baumhoff, den Redner unterbrechend: „Ich werde es tun.“

Sie sind an der Regierung mehr interessiert. — Wir können deshalb auch einem solchen Antrag unsere Zustimmung nicht geben. Der einzige Gerichtshof, der diese Regierung, deren Taten ich nicht so kennzeichnen darf, wie ich es meine, zur Verantwortung ziehen kann, ist ein Gericht der werktätigen Massen Deutschlands. Dieses Gericht ist nicht in der Verfassung begründet. Dieses Gericht wird die Revolution in Deutschland aufrichten („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), und deshalb werden wir nicht für diesen Antrag stimmen.

Durch die Entwicklung, wie sie sich auf Grund der sozialdemokratischen Politik vollzogen hat, ist eine etappenweise Faschisierung durchgeführt worden. Faschisierung in dem Sinne, daß die faschistischen Kampfmethoden des Terrors, der Unterdrückung, der Ausplünderung der Massen einen Schritt nach dem anderen verschärft worden sind und daß das immer mit der Begründung durch die SPD geschah: Politik des „kleineren Übels“. Diese Politik des „kleineren Übels“ ist die Politik des ständigen Klassenverrats an der Arbeiterschaft. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) So hat die Sozialdemokratie eine Position der Arbeiterschaft nach der anderen preisgegeben, immer mit dem Hinweis, es könnte noch schlechter kommen. Sie hat aber diese Verschlechterung nicht aufhalten können. Hier zeigt sich der ganze Bankrott dieser Politik, die von der Sozialdemokratie betrieben worden ist. Was heute ist — diese neue Reichsregierung, diese starke nationalsozialistische Fraktion im Landtage, dieser Ansturm auf den Lohnabbau, der Unterstützungsraub —, das ist das Ergebnis dieser Politik des „kleineren Übels“. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wir werden nicht zulassen, daß die Arbeiterklasse das vergißt, daß sie sich nochmals täuschen und abhalten läßt, den

Weg des revolutionären Klassenkampfes zu gehen. Die Politik des „kleineren Übels“ der sozialdemokratischen Führer war und wird sein, solange ihre Partei besteht, weil sie die Fähigkeit verloren haben, für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen. Sie sind die Gefangenen der Politik geworden, die sie mit dem August 1914 eingeschlagen haben. Sie sind die Gefangenen der Bourgeoisie geworden, weil sie sich mit ihr zum Kampf gegen die proletarische Revolution verbunden haben. Sie haben deshalb auch die Fähigkeit verloren, als Führer der Arbeiterklasse für die Interessen der Arbeiter zu wirken. Sie haben das Vertrauen der Arbeiter mißbraucht und den Namen des Marxismus und Sozialismus geschändet. Die Sozialdemokraten wissen — sie haben einmal Marx und Engels studiert —, was Marxismus bedeutet: Klassenkampf bis zur Revolution, proletarische Diktatur zur Sicherung der Macht der Arbeiterklasse. Aber sie haben das, was sie lernten, preisgegeben um des Gewinnes willen, der sich aus der Beteiligung an der Koalition mit den bürgerlichen Parteien ergab. Ich meine nicht die materiellen Vorteile, die sich der einzelne damit verschafft — es wäre lächerlich, darauf zu verweisen —, aber die Gewinne, die sich daraus ergeben haben, Posten zu besetzen und sich damit eine Basis für ihre Partei zu verschaffen, mit der sie glaubten, den Massen zu imponieren und sich einen Massenanhang zu verschaffen. Die Spekulation auf die Position einer Regierungspartei hat zu einem großen Teil der Sozialdemokratie Leute zugeführt, die nicht die geringste Verbindung mit der Arbeiterklasse haben und die bereit sind, heute wie morgen zu den Nationalsozialisten überzugehen. Einer ihrer prominenten Vertreter, Herr Professor Waentig, ist — glaube ich — auf dem halben Wege bereits bei den Nationalsozialisten angelangt, in der „Deutschen Börsen-Zeitung“ oder der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist er bereits als Artikelschreiber gelandet. Es gilt die Parole: Rette sich, wer kann!

Ich hoffe, daß aus meinen Ausführungen die sozialdemokratischen Führer verstehen, warum wir sie als Feinde innerhalb der Arbeiterklasse ansehen. Sie haben die Arbeiterklasse daran gehindert, mit ihren Klassenfeinden längst Schluß zu machen. Wenn das nicht zuträfe, wenn sie das nicht wahrhaben wollen,

was müßten sie jetzt in dieser Stunde der höchsten Gefahr tun, um den Arbeitern zu helfen, ihren Kampf durchzuführen? Nicht verträsten auf die Reichstagswahl — da müßten sie heute erklären, was das Gewerkschaftskartell, Sozialdemokraten und Kommunisten, in einem thüringischen Ort — in Zella-Mehlis — erklärt hat:

Jawohl, wir nehmen die Parole der Antifaschistischen Aktion der Kommunisten auf; Schulter an Schulter werden wir diese Aktion durchführen! (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Worauf warten Sie noch, meine Herren Sozialdemokraten? Holt nicht die Bourgeoisie zum entscheidenden Schlage gegen die Arbeiterschaft aus, um ihre Vertreter zu schlagen? Wollen Sie in diesem Kampfe neutral beiseite stehen, oder wollen Sie der Arbeiterschaft auch in diesem Kampfe noch einmal in den Rücken fallen?! Liegt die Entscheidung darüber noch in Ihrer Hand? Drängt Sie nicht die Angst vor der Revolution, auch diesen Schritt zu tun, der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen? Wollen Sie wiederholen, was Sie schon 1914, 1918, 1920, 1923 getan haben? Diese Frage stellt heute die Arbeiterschaft an Ihre Partei und verlangt darauf eine Antwort nicht durch Phrasen, nicht durch Aufrufe, sondern durch die Tat.

Die Massen erheben sich schon unter der Führung der Kommunisten zu Demonstrationen, zu Streiks. Sie werden morgen in den politischen Massenstreik eintreten, um dieses System niederzuringen, um zu verhindern, daß der Faschismus zur Macht kommt, daß der Krieg gegen die Sowjetunion geführt wird. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) Wir begrüßen alle die Kämpfer, die in Deutschland auf der Straße den Kampf aufnehmen — trotz Polizeigewalt und Gummiknüppel, obwohl auf sie geschossen wird. Wir begrüßen die mutigen Hafendarbeiter in Gdingen. Wir begrüßen die Soldaten, die es abgelehnt haben, auf streikende Arbeiter zu schießen. (Wiederholte lebhaftige Zustimmung bei den Kommunisten.) Wir Kommunisten wollen wirklich den Massen helfen, die Kämpfe um Lohn und Brot, um Land und Freiheit zu organisieren. Darum die Einheitsfront der Kämpfer unter Führung der Kommunisten! Nur dieser eine Weg führt zum Ziel, zur Befreiung von Hunger und Not, zur Befreiung von nationaler und sozialer Unterdrückung, zur Befreiung von den einheimischen und den

ausländischen Unterdrückern. Das Wort Karl Liebknechts: „Der Hauptfeind steht im eigenen Lande!“ gilt mehr denn je. Darum Sturz der deutschen Bourgeoisie, um die Arbeiter von den ausländischen Unterdrückern zu befreien. (Bravorufe bei den Kommunisten.) Nur dieser eine Weg gibt den Massen die politische Macht, schafft ihnen die Macht kraft ihres einheitlichen Willens, schafft ihnen die Produktionsmittel, den Grund und Boden, um entsprechend den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung produzieren zu können.

Dieser Weg ist vor 15 Jahren von den Arbeitern und Bauern Rußlands beschritten worden. Sie sind diesen Weg gegangen unter großen Schwierigkeiten, gegen die Konterrevolution, gegen die Feindmächte. Sie haben alle Feinde im Innern des Landes niedergeworfen und sind über diese Schwierigkeiten hinweg dazu übergegangen, eine sozialistische Welt aufzubauen. Was sich in der Sowjetunion vollzieht, kann von keinem bestritten werden. Selbst bürgerliche Leute, die der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehen, können nicht ignorieren und abstreiten, daß es in der Sowjetunion bergauf geht. In allen kapitalistischen Ländern, ob Deutschland, Amerika, Frankreich oder sonstwo, geht es bergab, geht die Produktion zurück, kommen die Arbeitermassen in immer tieferes Elend, während umgekehrt in der Sowjetunion die Produktion voranschreitet und keine Arbeitslosigkeit vorhanden ist! Niemand bestreitet — die Kritik, die im eigenen Lande geübt wird, zeigt es —, daß noch große Schwierigkeiten vorhanden sind. Wie könnte es anders sein, wo das Land von Feinden umschlossen ist. Aber das Entscheidende ist, daß dort die werktätigen Massen über die Beseitigung der Schwierigkeiten entscheiden, daß die Schwierigkeiten dort geringer werden, daß es gelingt, sie immer mehr zu überwinden. Das ist der entscheidende Unterschied!

Nicht zu bestreiten ist der ungeheure Gegensatz der zwei Welten, der des verfaulenden Kapitalismus und der des aufsteigenden Sozialismus. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Zurufe rechts.) Sie werden diese Entwicklung zur Revolution auch in Deutschland nicht aufhalten. Die Entscheidung darüber, ob das Proletariat zur Macht kommt, liegt nicht hier im Parlament, sondern diese Entscheidung werden die werktätigen Mas-

sen draußen fällen. Deshalb ist es auch völlig bedeutungslos, ob Sie unseren Anträgen zustimmen. Wir stellen diese Forderungen in unseren Anträgen im Namen der werktätigen Massen, ob Sie sie annehmen oder nicht — die Regierung wird sie nicht durchführen, auch der Staatsrat wird sie nicht annehmen.¹ Wenn Sie (Zur NSDAP.) nicht mehr in der Position wären, daß eine Braun-Severing-Regierung über die Durchführung der Anträge zu entscheiden hätte, sondern wenn Sie selbst die Regierung hätten, dann würden Sie auch Ihre Politik der Zustimmung zu kommunistischen Anträgen ändern. Dann würde sich zeigen, daß Sie nicht einmal mehr in Worten die Forderungen der werktätigen Massen respektieren, sondern daß Sie ihnen entgegentreten würden. Der Kampf um diese Forderungen wird nicht hier ausgetragen, sondern außerhalb des Parlaments, und wenn Sie etwa glauben sollten, diese Entwicklung durch ein Verbot der Kommunistischen Partei aufhalten zu können — Sie werden sich täuschen in der Wirkung einer solchen Maßnahme! („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Zuruf bei der NSDAP: „Haben Sie schon Angst?“) Nein, wir haben keine Angst; aber wir lesen die Presse, wir lesen zum Beispiel den „Völkischen Beobachter“. (Zurufe bei der NSDAP.) — Ich nehme an, Sie lesen mit ebenso großem Interesse „Die Rote Fahne“. (Zuruf bei der NSDAP: „Nein!“ — Rufe „Aha!“ bei den Kommunisten.) — Das ist Ihr Nachteil! Ich lese jede gegnerische Zeitung, schon um Ihre Pläne gegen die Arbeiterklasse zu erfahren, obwohl da nicht alles geschrieben wird. Aber ganz offen ist der „Völkische Beobachter“ darin, daß er sich mit der „Deutschen Bergwerkszeitung“, mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, mit der „Berliner Börsenzeitung“ und mit dem „Vorwärts“ darin einig ist, daß die Kommunistische Partei eigentlich keine Existenzberechtigung habe, weil sie im „Dienste einer fremden Macht“ stehe. Der „Vorwärts“ sagt das anders; er sagt, die KPD stehe im Dienste von Moskau. Aber es kommt auf dasselbe hinaus. Meine Herren Nationalsozialisten, Sie wollen sich verbünden mit dem Zentrum. Meines Wissens ist das eine Partei, die durchaus im „Dienste einer fremden Macht“ steht. Nachdem der Vatikan sich als selbständige Macht stabilisiert hat, steht das Zentrum doch im Dienste einer fremden Macht. Sie

¹ Siehe Seite 689 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

suchen sich also einen Koalitionsbruder, auf den das zutrifft, was Sie den Kommunisten vorwerfen: sie stünden im Dienste einer fremden Macht. Wenn Herr Hitler ankündigt, falls er zur Macht komme, werde er sich mit England verbünden und auf die wirtschaftliche Konkurrenz mit England verzichten, so ist das doch auch nichts anderes, als sich in den Dienst einer fremden Macht stellen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Lachen bei der NSDAP.) Der Unterschied ist nur der — wenn man uns zum Vorwurf macht, im Dienste von Moskau zu stehen, so muß man wissen: Die Sowjetunion ist ein Arbeiterstaat! Wir stehen, wenn wir mit diesem Arbeiterstaat verbunden sind, nicht allein auf der Welt. Das werktätige Volk der ganzen Welt ist mit diesem Arbeiterstaat verbunden. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten. — Zuruf bei der NSDAP: „Davon hat man bei der Wahl nichts gemerkt!“ — Heiterkeit rechts.) — Sie werden es noch merken. Ich habe Ihnen ja Ihre Prognose gestellt. (Lebhafte Zurufe bei der NSDAP.) — Nur nicht so kühn! Es kommt meistens anders, als man denkt! Sie denken, Sie werden jetzt bei der Reichstagswahl die absolute Mehrheit bekommen. Sie rechnen sogar auf die Hilfe der neuen Reichsregierung. Sie sind gar nicht abgeneigt, den Reichskommissar für Preußen in Empfang zu nehmen. (Abgeordneter Kube: „Das ist noch die Frage!“) Daß es schon eine Frage ist, ist schlimm genug! Sie werden den Reichskommissar in Empfang nehmen, solange er Ihnen behilflich ist, Ihre Geschäfte zu besorgen. (Zuruf bei der NSDAP: „Gehört das auch zur Prognose?“) — Absolut! Ich kann mir die Entwicklung Ihrer Partei bis in alle Einzelheiten vorstellen. Bei all Ihren Maßnahmen werden Sie in wachsendem Maße die Gegnerschaft der Arbeiterschaft finden. Ich habe sachlich zu beweisen versucht, daß Sie die Arbeiter nicht für sich gewinnen können, weil mit der weiteren Entwicklung das Elend nicht geringer, sondern immer größer werden wird. Ob Sie also die Kommunistische Partei verbieten oder nicht; die Partei ist heute so stark, daß sie auch während der Illegalität in der Lage sein wird, die werktätigen Massen zu führen. Schikanen kann man natürlich genug unternehmen. Man kann unsere legalen Zeitungen verbieten, man kann unsere Parteihäuser schließen. Die Massen, die bei uns sind, sitzen aber nicht in den Parteihäusern; sie sitzen in den Betrie-

ben, auf den Stempelstellen, in den Gewerkschaften, und dort werden wir unsere Arbeit fortführen, ob man unsere Partei verbietet oder nicht. Wir bekämpfen jeden Versuch, mit solchen Mitteln die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Wir rufen die Massen deshalb auf, nicht länger mit dem Kampfe zu warten, sondern zu verstehen, was die Kommunistische Partei in dem Aufruf zur Antifaschistischen Aktion sagt: daß diese Aktion nicht nur gegen den Faschismus, sondern auch gegen Hunger und Krieg gerichtet ist. Wir werden diese Wochen zur stärksten Mobilisierung der werktätigen Massen ausnutzen, um eine Kampffront zu schaffen und dafür zu sorgen, daß sich die Massen den Selbstschutz gegen alle Anschläge schaffen, die von irgendeiner Seite unternommen werden. Wir sind keine Verfechter des individuellen Terrors. Bei einem solchen individuellen Terror gewinnt nur die Bourgeoisie. Wir Kommunisten wollen nicht den Kampf gegen den einzelnen, sondern den Kampf gegen den Klassenfeind und seine Organisationen. Darum führen wir den Kampf gegen Ihre Partei. Weil wir wissen, daß dieser individuelle Terror das Kampffeld verschiebt, die Massen vom Klassenkampf gegen die feindlichen Parteien ablenkt, weil wir in ihm kein Kampfmittel des revolutionären Marxismus sehen, deshalb sind wir Gegner des individuellen Terrors. Wir haben schon durch unsere öffentlichen Erklärungen zum Ausdruck gebracht, daß sich jeder, der gegen diesen Grundsatz verstößt, außerhalb unserer Partei stellt. Wir haben den Kampf gegen Anarchisten und Bakunisten geführt, einen Kampf, der schon in der alten Sozialdemokratie ausgefochten worden ist. Diese Grundsätze hat die Kommunistische Internationale übernommen.

Den Feinden der Arbeiterklasse, der Klasse der Bourgeoisie und ihren Organisationen, gilt unser Kampf. Er gilt aber nicht dem einzelnen Arbeiter, gleichviel, ob er in dieser oder jener Front steht.

Wir rufen die Massen zum Kampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus auf und sind überzeugt, daß wir Kommunisten sie aus der Drangsal der Not, des Elends herausreißen werden. Wir werden die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die kleinen Handwerker, die armen Bauern — alle leiden unter dieser Entwicklung — zusammenschweißen zum gemeinsamen Kampfe gegen den Kapi-

talismus, zum Kampfe um seine Vernichtung, zum Sturze des kapitalistischen Systems. Nieder mit allen kapitalistischen Regierungen! Es lebe die proletarische Diktatur! Es lebe ein freies, sozialistisches Deutschland!¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1. Tagung“, 1. Bd.

¹ Die von Wilhelm Pieck auf Seite 686 erwähnten Anträge behandelten:

1. Einen Mißtrauensantrag gegen das Geschäftministerium. Der Antrag wurde am 3. Juni unter Nichtbeteiligung der SPD einstimmig angenommen.

2. Einen Antrag auf Verbot des Einsetzens von Polizei bei Streiks. Der Antrag wurde am 15. Juni angenommen.

3. Einen Antrag auf Aufhebung des Verbots des „Thüringer Volksblattes“. Der Antrag wurde am 15. Juni angenommen.

4. Einen Antrag auf Aufhebung der Reichsnotverordnung. Der Antrag wurde am 16. Juni unter Nichtbeteiligung der SPD angenommen.

5. Einen Antrag gegen den Abfindungsvertrag mit den Hohenzollern. Der Antrag wurde am 15. Juni abgelehnt.

6. Einen Antrag auf Zustimmung zu den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion. Der Antrag wurde nur teilweise angenommen.

7. Einen Antrag auf Ausweisung der russischen Weißgardisten aus Deutschland. Der Antrag wurde am 15. Juni abgelehnt.

8. Einen Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes. Der Antrag wurde am 3. Juni abgelehnt.

9. Einen Antrag auf Aufhebung des Verbots der Roten Jungfront und der Antifaschistischen Aktion. Der Antrag wurde am 15. Juni abgelehnt.

10. Einen Antrag auf Aufhebung des Versammlungs- und Demonstrationsverbots in Essen. Der Antrag wurde am 15. Juni abgelehnt.

11. Einen Antrag auf Einstellung der Zahlungen auf Grund des Youngplans, der Dawesanleihen usw. In der Abstimmung über den Antrag am 3. Juni stimmten die Abgeordneten der KPD mit Ja (55), die der SPD mit Nein (74), alle übrigen Parteien — einschließlich der NSDAP — stimmten nicht ab (290). In der Abstimmung am 15. Juni stimmten die Abgeordneten der KPD mit Ja (52), die der NSDAP enthielten sich der Stimme (153), alle übrigen Parteien — darunter die SPD — stimmten nicht ab (211). In beiden Abstimmungen war der Landtag daher nicht beschlußfähig. *Die Red.*

Gegen die Wahl eines faschistischen Landtagspräsidiums

Zur Geschäftsordnung
Preußischer Landtag¹

I

22. Juni 1932

Die Kommunistische Partei führt in ihrer Antifaschistischen Aktion als einzige Partei den aktiven Massenkampf gegen die Faschisten. Besonders jetzt ist es dringend notwendig, ihn bis zu den äußersten Kampfaktionen zu steigern. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Daraus ergab sich für die kommunistische Fraktion auch die Notwendigkeit, den Kampfwillen der revolutionären Arbeiterschaft gegen die Faschisten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die endgültige Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidiums verhindert wird. Wir haben deshalb an die beiden Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums zwei Bedingungen gestellt, unter denen wir Kommunisten bereit waren, bei den Wahlen zum Präsidium des Landtages für die Kandidaten der beiden Fraktionen zu stimmen, ihnen dadurch die Mehrheit zu verschaffen und so die Wahl der nationalsozialistischen und der deutschnationalen Kandidaten zu verhindern. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Zurufe rechts.)

Wir haben nicht die Bedingung gestellt, im Präsidium vertreten zu sein. Unsere beiden Bedingungen lauteten:

1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen,
2. Nichtdurchführung der faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung in Preußen.

¹Das Präsidium des Landtages, das am 25. Mai 1932 zum ersten Male gewählt worden war, mußte laut Geschäftsordnung nach vier Wochen endgültig gewählt werden. *Die Red.*

Diese Bedingungen sind von beiden Fraktionen abgelehnt worden — was beim Zentrum verständlich ist, weniger bei den Sozialdemokraten, die angeblich den Kampf gegen den Faschismus führen wollen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Jetzt ist bekanntgeworden, daß die Zentrumsfraktion beschlossen hat, durch Stimmenthaltung, Abgabe weißer Stimmzettel, die Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidenten zu ermöglichen („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.), also nicht für ihn zu stimmen. Damit entsteht die Gefahr, daß das gesamte Präsidium nur von Nationalsozialisten und von Deutschnationalen zusammengesetzt wird, wenn die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen nur noch für ihre eigenen Kandidaten stimmen. Wir Kommunisten wollen nicht nur einer solchen Gefahr vorbeugen, sondern vor allem unseren entschlossenen Kampfwillen gegen den Faschismus dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir den weiteren taktischen Versuch unternehmen, die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidiums zu verhindern, indem wir den beiden Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie folgenden Vorschlag machen: Obwohl sie unsere beiden Bedingungen abgelehnt haben und damit ihre Feindschaft gegenüber den Forderungen der werktätigen Massen, ihren eigenen Arbeiteranhängern, zum Ausdruck gebracht haben, sind wir Kommunisten doch bereit, für ihre Kandidaten zum Präsidium zu stimmen, wenn beide Fraktionen ihre Bereitwilligkeit erklären, durch aktive Beteiligung an den Wahlen mit uns Kommunisten gemeinsam die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen von jeder Beteiligung am Landtagspräsidium — als Präsident oder Vizepräsidenten — auszuschließen. (Bravorufe bei den Kommunisten.)

Wir stellen hierbei ebenfalls nicht die Bedingung, daß die beiden Fraktionen für einen kommunistischen Vizepräsidenten stimmen. Obwohl wir Kommunisten in scharfem Kampfe auch gegen die Politik des Zentrums und der Sozialdemokraten stehen, mit der sie dem Faschismus in Deutschland den Weg bereiten, werden wir jedoch — nur um die Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidiums zu verhindern — für die Kandidaten der beiden Fraktionen stimmen. Um den beiden Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der einzigen Bedingung,

die wir stellen — Ausschließung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen vom Landtagspräsidium —, Stellung zu nehmen, beantragen wir eine Vertagung der Sitzung um eine Stunde.¹

II

22. Juni 1932

Wir Kommunisten haben zu der Wahl des Landtagspräsidiums gefordert: Das Zentrum und die Sozialdemokraten sollten eine Erklärung abgeben, ob sie bereit seien, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen aus dem Landtagspräsidium auszuschalten und mit Unterstützung der Kommunisten ein Präsidium zu wählen, das zusammengesetzt ist aus den Vertretern der genannten Parteien. Da eine Erklärung der beiden Fraktionen nicht vorliegt und der Präsident in die Wahlhandlung eintreten will, so erklären wir Kommunisten, daß wir durch das Verhalten der Sozialdemokraten und des Zentrums nicht überrascht sind. Wir haben diesen letzten taktischen Versuch unternommen, um den werktätigen Massen zu zeigen, wer diejenigen sind, die die Nationalsozialisten unterstützen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Von beiden Fraktionen beziehungsweise ihren leitenden Zeitungen, dem „Vorwärts“ und der „Germania“, ist der Versuch unternommen worden, den Kommunisten die Schuld dafür zuzuschreiben, daß ein Präsidium unter der Leitung eines Nationalsozialisten zustande kommt; wir Kommunisten sollten durch die Aufstellung eigener Kandidaten dazu beigetragen haben. Wir haben hier gezeigt, daß wir in unserem energischen Willen zum Kampf gegen den Faschismus bereit sind, einen Weg zu gehen, der zwar den Anschein hat, als ob wir unsere ausgesprochenen Feinde und zugleich die Feinde der Arbeiterklasse bei der Besetzung des Präsidiums unterstützten. Wir haben aber zum Ausdruck gebracht, daß wir diese „Unterstützung“ nur mit dem Speer in der Hand vornehmen, mit dem Speer der werktätigen Massen gegen diese beiden Fraktionen und Parteien, die die

¹ Der Landtag beschloß eine einstündige Pause. *Die Red.*

Wegbereiter des Faschismus in Deutschland sind. Unser Urteil über diese beiden Parteien ist hier durch ihr Verhalten vor den Massen bestätigt worden. Damit sind die Betrugsmanöver, die von diesen beiden Parteien unternommen werden, um die Massen weiter vor ihren Wagen zu spannen, um sie noch mehr auszuplündern und zu knechten und auf diese Weise dem Faschismus in Deutschland Vorschub zu leisten, unmöglich gemacht. Das Verhalten der beiden Fraktionen zeigt den werktätigen Massen, wo sie sich hinzuwenden haben, wenn ihnen geholfen werden soll, wenn sie gegen den anstürmenden Faschismus siegreich kämpfen wollen. Die einzige Führerin in diesem Kampfe ist die Kommunistische Partei! (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) Sie bringt durch ihre Antifaschistische Aktion zum Ausdruck: Es ist höchste Zeit, daß die werktätigen Massen antreten zum revolutionären Massenkampf, um dieses Regime zu stürzen, dem Faschismus in den Arm zu fallen und hinwegzufegen alle reaktionären Gewalten Deutschlands. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten. — Zurufe bei der NSDAP.)

Die Kommunistische Partei ist sich bewußt, daß die werktätigen Massen Deutschlands die Notwendigkeit dieses Kampfes verstehen, daß sie verstehen, die Sozialdemokratie ist nicht fähig und gewillt, die Massen zum Kampf gegen den Faschismus zu führen. Sie ist der Büttel des heutigen Systems, gewillt, die werktätigen Massen zu hindern, diesen Kampf siegreich durchzuführen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Aber, meine Herren, gemacht! Das werktätige Volk hat viel Geduld bewiesen; es ist am Ende seiner Geduld, und es wird Abrechnung halten nicht nur mit diesen Parteien, sondern auch mit dem Faschismus. Wenn heute noch die werktätigen Massen teilweise, durch die Sozialdemagogie verblendet, den Nationalsozialisten folgen, so wissen wir: Sie (Zu der NSDAP.) können die Versprechungen, die Sie den werktätigen Massen gegeben haben, nicht erfüllen, und es wird eine große Wendung in den werktätigen Massen Deutschlands vor sich gehen: die Wendung zum revolutionären Kampf, die Wendung zum Sturze aller dieser Gewalten und zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur.¹

¹ Der Landtag wählte Kerrl (NSDAP) zum Präsidenten. Auf der Tagesordnung stand noch die Wahl des Ministerpräsidenten. *Die Red.*

22. Juni 1932

Es entbehrt gewiß nicht eines pikanten Reizes, wenn jetzt die Nationalsozialisten darauf verzichten, die Forderung auf Wahl des Ministerpräsidenten zu stellen. Aber diese Stellungnahme findet ihre sehr natürliche Erklärung darin, daß sich das Zentrum — trotz aller scharfen Angriffe, die gegen diese Partei erhoben worden sind — doch mit den Nationalsozialisten finden soll, um mit ihnen eine Teilung in der Regierungsmacht einzugehen. Hinter den starken Worten des Herrn Kube, daß die Nazis nur eine Regierung übernehmen, die sie allein bestimmen, steht doch nur das sichtliche Bemühen, mit dem Zentrum zu einer Verständigung über die Wahl des Ministerpräsidenten zu kommen. Man will nur etwas Zeit gewinnen. Das Zentrum hält es nicht für opportun, jetzt vor den Wahlen die Koalition mit den Nazis einzugehen, und die Nazis haben wahrscheinlich auch so ähnliche Bedürfnisse. Wenn aber Herr Kube sagt, daß die Geschäftsordnungsschiebung dieses Hauses an der Hinauszögerung der Wahl die Schuld trage, so muß ich demgegenüber darauf verweisen, daß der Antrag auf Aufhebung dieser Änderung von den Nationalsozialisten zurückgezogen und statt dessen von den Deutschnationalen ein Antrag eingebracht wurde, wonach wir Kommunisten der ganzen Geschäftsordnung hätten zustimmen sollen. Ich verstehe nicht recht, warum die Nationalsozialisten ihre Geschäfte den Deutschnationalen übertragen haben. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten und Heiterkeit. — Abgeordneter Kube: „Das sind die Geheimnisse der höheren Politik!“) Deswegen glauben wir, daß das auch nichts anderes als eine Verschleierung der wahren Absichten ist, wenn man sich hier hinter die Geschäftsordnung versteckt. Man will für diesen Kuhhandel mit dem Zentrum nur etwas Zeit gewinnen. (Zuruf bei den Kommunisten: „Auch Affentheater!“) — Ich wollte gerade sagen: Wenn von Herrn Kube hier von einem Affentheater gesprochen wurde, dann soll man die Grenze für den Affenkäfig ungefähr von dem Zentrum bis zu den Nazis ziehen. (Stürmische Heiterkeit. — Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) Ich will dieses Bild von

dem Affentheater nicht weiter ausmalen. Wir Kommunisten sind mit den werktätigen Massen der Meinung, daß hier kein Affentheater gespielt, sondern ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse begangen wird. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Denn was mit diesem Kuhhandel über die Präsidentenwahl erzielt werden soll, das ist die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Die Nationalsozialisten glauben, die Situation sei gekommen, wo sie die faschistische Diktatur aufrichten können. Aber wir erklären Ihnen: Sie täuschen sich in dem Willen der werktätigen Massen. Wenn wir Kommunisten hier die Frage der Ministerpräsidentenwahl stellen, dann nur in dem Sinne, daß die Entscheidung darüber, wer die Geschicke des werktätigen Volkes in Preußen führen soll, nicht in diesem Parlament, sondern von den werktätigen Massen selbst gefällt wird. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Zurufe und Unruhe bei der NSDAP.) Sie brauchen sich keine Sorge um den Anhang der Kommunistischen Partei zu machen. Wäre es so, daß Sie des Glaubens sind, unsere Anhänger liefen uns weg, dann würden Sie nicht diese Hetze gegen die Kommunistische Partei betreiben. Dann brauchte Ihr Gayl nicht die Innenminister des ganzen Reiches zusammenzurufen, um darüber zu beraten, wie man am besten ein Verbot der Kommunistischen Partei durchführt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Sie wissen, daß die Kommunistische Partei die einzige Kraft in Deutschland ist, unter deren Führung die werktätigen Massen diesem faschistischen Regime ein Ende machen werden. Aber wenn Sie glauben, daß es möglich ist, eine Massenpartei vom Umfang der Kommunistischen Partei auszurotten, dann täuschen Sie sich. Die Kommunistische Partei kämpft und wird kämpfen mit den Massen um ihre Legalität. Sie wird keinen Schritt zurückweichen, weder vor einer Papen-Regierung noch vor sonst jemanden, wenn Sie es wagen, die revolutionäre Bewegung in Deutschland unterdrücken zu wollen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Kommunistische Partei wird existieren kraft der revolutionären Bewegung, und sie wird siegen mit den Massen, auch über alle Schiebungen, die Sie unternehmen, um die Massen zu betrügen.

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1. Tagung“, 1. Bd.

Gegen das Verbot des „Vorwärts“

Zur Geschäftsordnung
Preußischer Landtag
6. Juli 1932

Die kommunistische Fraktion beantragt, den Urantrag Drucksache Nr. 458 als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung zu setzen und ohne Begründung und Besprechung sofort darüber abzustimmen. In diesem Antrage handelt es sich darum, daß das Staatsministerium beauftragt werden soll, das gegen den „Vorwärts“ ausgesprochene Verbot sofort aufzuheben. Ferner beantragen wir — da inzwischen bekanntgeworden ist, daß auch die „Kölnische Volkszeitung“ auf drei Tage verboten werden soll —, in dem Antrage noch die Worte einzufügen: das Verbot gegen die „Kölnische Volkszeitung“ sofort aufzuheben.¹

Ferner geht der Antrag dahin, das Staatsministerium zu verpflichten, weder von sich aus noch im Auftrage der Reichsregierung Zeitungen oder Organisationen zu verbieten, ferner den Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten und sonstigen Behörden das Recht zu entziehen, Verbote von Zeitungen und Organisationen zu erlassen.

Ich glaube, daß an der Durchführung dieser Forderungen alle Fraktionen interessiert sind. Wir stehen bereits im Wahlkampf, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Reichsregierung oder einzelne Länderregierungen oder Polizeipräsidenten die Gelegenheit für günstig erachten, gewisse Parteien in der Wahlbewegung zu behindern. Alle Parteien des Hauses sollten sich darin einig sein, solche Eingriffe in die Pressefreiheit — noch dazu in einer solchen Zeit, wo die Parteien das Recht haben müssen, durch ihre Presse zu den Wählern zu sprechen — aufs schärfste zurückzuweisen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Am stärksten sind natürlich immer die Bestrebungen, gegen die

¹Der „Vorwärts“ war das Zentralorgan der SPD, die „Kölnische Volkszeitung“ ein Parteiorgan des Zentrums. *Die Red.*

Linkspresse und Linksorganisationen mit solchen Verboten vorzugehen. Aber wir glauben, daß man dem am besten entgegenwirkt, wenn eine generelle Anweisung erlassen wird, wonach eine solche Vergewaltigung der Presse und der Organisationen überhaupt unzulässig ist. Der Antrag ist deshalb besonders dringlich, weil durch das Verbot des „Vorwärts“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ ein Präjudiz geschaffen worden ist, mit dessen Hilfe die Reichsregierung über die Länderregierungen hinweg Verbote von Zeitungen und Organisationen aussprechen will. Man soll den ersten Anfängen wehren. Deshalb beantragen wir, unseren Antrag ohne Begründung und Besprechung sofort zur Erledigung zu bringen, indem Sie ihn annehmen.

Die kommunistische Fraktion hat stets die besonders von den preußischen Polizei- und Regierungsstellen geübte Verbotspraxis gegen die Presse auf das schärfste bekämpft. Die behördlichen Unterdrückungsmaßnahmen richteten sich überwiegend gegen die kommunistische Presse wegen ihrer revolutionären Einstellung gegen das kapitalistische System und den bürgerlichen Klassenstaat. Diese Politik ist mit einer der Ursachen für das Anwachsen der faschistischen Bewegung.

Nunmehr ist die Papen-Regierung dazu übergegangen, von sich aus die Verbote von Zeitungen von der Preußenregierung zu fordern. Die Kommunisten erheben gemäß ihrer grundsätzlichen Einstellung auch gegen diese Eingriffe in die Pressefreiheit den schärfsten Protest. Sie weisen namentlich auch die Stellungnahme des Staatsgerichtshofs als ein Urteil der Klassenjustiz entschieden zurück. Sie protestieren ganz energisch dagegen, daß der Berliner Polizeipräsident trotzdem das „Vorwärts“-Verbot durchgeführt hat, und beantragen: Das Staatsministerium wird beauftragt:

1. das „Vorwärts“-Verbot sofort aufzuheben;
2. weder von sich aus noch im Auftrage der Reichsregierung Zeitungen oder Organisationen zu verbieten;

3. den Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten oder sonstigen Behörden das Recht, Verbote zu verhängen, zu entziehen.¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1. Tagung“, 1. Bd.

¹Der Antrag wurde unter Nichtbeteiligung der SPD und des Zentrums mit 197 gegen 28 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen. *Die Red.*

Die Berliner Selbstverwaltungsreform – ein Betrug an den Massen

*Aus der Rede in der außerordentlichen Sitzung
der Berliner Stadtverordnetenversammlung¹
4. Oktober 1932*

Der vom Magistrat eingebrachten Vorlage über die Neugestaltung der Bezirksverwaltungen kommt eine hohe politische Bedeutung zu. Wir Kommunisten haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die werktätigen Massen nicht durch den Streit über die neue Bezirkseinteilung von dem eigentlichen Zweck abgelenkt werden, der mit dieser Vorlage erreicht werden soll. Um es gleich vorwegzunehmen: Mit dieser Vorlage sollen weitere Garantien dafür geschaffen werden, daß die gegen die werktätigen Massen gerichteten Maßnahmen des Magistrats — weiterer Abbau der Wohlfahrts-, Gesundheits- und Schulpflege, Steigerung der Steuerausplünderung, weitere Verschlechterung der Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten — von der Bürokratie in rücksichtsloser Weise und auf dem schnellsten Wege durchgeführt werden. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Wozu die bürgerlichen Parteien sowie die Sozialdemokratie aus Angst vor dem Verlust ihrer Wähler zu feige sind, das soll für sie die Bürokratie übernehmen. Sie soll kalt und unbarmherzig die Befehle der Hochfinanz und der Industriemagnaten zur Sicherung ihres Profits gegen die werktätigen Massen ausführen. Die wachsende Rebellion der hungernden, tatsächlich vor dem Nichts stehenden Arbeiter- und Angestelltenmassen, der unteren Beamten und der Kleingewerbetreibenden, die wach-

¹ Der von der Papen-Regierung am 20. Juli 1932 eingesetzte Staatskommissar Bracht hatte am 19. September 1932 ultimativ gefordert, die Stadt Berlin solle bis zum 15. Oktober (später verlängerte er die Frist bis zum 15. November) die Verwaltungsbezirke auf 10 vermindern und an die Stelle der Bezirksversammlungen reine Verwaltungskörperschaften treten lassen. *Die Red.*

sende Streikbewegung gegen diese Ausplünderungspolitik zwingt die Bourgeoisie dazu, Maßnahmen zu ergreifen, die ihr gewisse Sicherheiten verschaffen sollen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die ganze Serie der Notverordnungen der verflochtenen Brüning- und der jetzigen Papen-Regierung ist ein sehr gutes Anschauungsmaterial dafür. Sie stoßen die werktätigen Massen mit der Nase darauf, welchen Zwecken der Staats- und Verwaltungsapparat dient: daß er nicht dem sogenannten Allgemeinwohl — das es übrigens gar nicht gibt —, sondern nur der Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Minderheit zur Durchsetzung ihrer nackten Profitinteressen dient. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Wenn es den bürgerlichen Parteien auch noch durch allerlei Betrugsmanöver gelingt, die Massen darüber zu täuschen, daß sie diesen Zweck mit ihrer Politik verfolgen, so hat die Bürokratie nicht diese Möglichkeit. Sie hat die Befehle der Bourgeoisie ohne Zögern durchzuführen. Je mehr aber die Rebellion der Massen wächst und die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie unter Druck gesetzt werden, desto wichtiger wird für die Bourgeoisie der bürokratische Apparat in Reich, Ländern und Gemeinden. Ob sich dieser Apparat nun in der Präsidialregierung der Papen-Gayl-Schleicher oder in der kommissarischen Regierung Papen-Bracht in Preußen oder in dem Berliner Magistrat Sahn-Lange-Asch und Kompanie (Heiterkeit.) offenbart, das ist für die Politik der Bourgeoisie und für die Aufgabe, die die Bürokratie hat, ganz gleich. Und darin liegt die hohe politische Bedeutung dieser Magistratsvorlage auf Verstärkung der bürokratischen Herrschaft zur Durchsetzung der kapitalistischen Interessen gegen die werktätigen Massen Groß-Berlins. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Kennzeichnend dafür ist die Art des Zustandekommens dieser Vorlage — die ganze Untertänigkeit des bürgerlich-sozialdemokratischen Magistrats gegenüber der Papen-Bracht-Regierung. Und hier tun sich die Sozialdemokraten besonders hervor. Das kommt schon darin zum Ausdruck, wie der Magistrat seine Vorlage im Titel deklariert, daß sie auf dem Befehl des Herrn Bracht — auf dessen Erlaß vom 19. September — beruhe. Herr Bracht hat sich in diesen Tagen einen unsterblichen Namen verschafft mit dem von ihm verordneten

Zwickel in der Badehose. Als Zwickel-Bracht wird er in die Geschichte eingehen. Die Organisation der Kabarettkomiker wird ihn für diese Tat zum Ehrenmitglied ernennen. („Sehr gut!“ und Heiterkeit.) Der Magistrat wird nun von Herrn Bracht in seinem Erlaß vom 19. September¹ wie ein Rekrut vom Unteroffizier angefahren: Beeilt euch mit eurer Beratung, sonst mache ich euch mit einer Notverordnung Beine! Er hat eine sehr kurze Frist gesetzt: den 15. Oktober. Und nun kommt der Magistrat bereits am 26. September vor Herrn Bracht wie ein geprügelter Hund und gibt Pfötchen: Hier ist nach deinem Befehl die geforderte Vorlage! Herr Sahn hat sich in sehr verdächtiger Weise öffentlich dagegen gewehrt, daß er etwa Herrn Bracht zu seinem Vorgehen animiert habe. Ich weiß nicht, ob jemand Herrn Sahn diesen Vorwurf gemacht hat, aber schon die Dementierung läßt tief blicken. Wie muß dieser Oberbürgermeister von Essen, den ein höherer Befehl zum Regierungskommissar in Preußen gemacht hat, im Innern lachen über diese Eilfertigkeit und Untertänigkeit — um nicht eine schärfere Kennzeichnung zu gebrauchen — eines Magistrats der Reichshauptstadt Berlin. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Doch Herr Bracht wußte, wem er diesen Befehl gab. Denn dieser Magistrat paßt zu Herrn Bracht, wie Herr Bracht zu Herrn Papen paßt. Und die Parteien, die hinter diesem Magistrat stehen — auch die von der Rechten, die dem Magistrat zwar abhold sind —, sie passen zu ihm, wie sie zu Herrn Bracht und Herrn Papen passen. Sie alle, meine Herren, sind doch einig in dem Bestreben, den ohnehin schon sehr geringen Einfluß, den die werktätigen Massen auf die Gemeindeverwaltung noch haben, völlig zu beseitigen und der Bürokratie die ganze Verwaltung zu überantworten. Der Streit geht bei Ihnen eigentlich nur um die Postenverteilung. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Deshalb sagen wir Kommunisten den werktätigen Massen, daß sie sich von dieser Tatsache nicht ablenken lassen sollen durch den Streit, der hier oder außerhalb des Parlaments zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie anläßlich dieser Vorlage ausgefochten wird.

Gewiß haben die Rechtsparteien darin recht, daß diese Vorlage nur der Restteil des Planes ist, der schon vor 2¹/₂ Jahren von

¹ Siehe Seite 699 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

dem sozialdemokratischen Innenminister in Preußen, Herrn Severing, vorgelegt wurde. Das alles sollte schon damals durchgeführt werden (Zustimmung bei den Kommunisten.); es gelang aber nur zum Teil infolge der Feigheit der bürgerlichen Parteien, die Angst vor der Wahlentscheidung im September 1930 hatten. Der Plan war und ist: die Rechte und die Teilnahme der werktätigen Massen an der Gemeindeverwaltung völlig auszuschalten, sie durch die Allmacht der Bürokratie — und zwar der oberen Bürokratie — zu ersetzen; ferner die aus den Wahlen hervorgegangenen Stadtverordnetenversammlung und Bezirksversammlungen völlig zu entrechteten, ihre Beschlüsse zu ignorieren und die ehrenamtlichen Elemente aus der Verwaltung ganz zu entfernen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Auf diese Weise will man die Bürokratie im ausschließlichen Dienst der Bourgeoisie zur alleinigen Herrscherin in der Verwaltung machen. Die werktätigen Massen sollen nur noch Objekt der Verwaltungskünste einer völlig reaktionären Bürokratie sein. So will es die Bourgeoisie, so will es der Kapitalismus, und so wollen es alle bürgerlichen Parteien. So wollen es aber nicht die Kommunisten, und so wollen es nicht die werktätigen Massen. (Lebhaftes „Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Das ist der Gegensatz, der zwischen Ihnen und uns Kommunisten und den mit uns verbündeten Massen besteht.

Ihre Absicht werden Sie nicht durch noch so geschickte Firmierungen Ihrer Vorlage und Ihrer Gesetze verbergen können. Herr Papen hat seine Notverordnungen — die tatsächlich Verordnungen von Not für die werktätigen Massen sind — mit solchen Bezeichnungen firmiert wie „Zur Belebung der Wirtschaft“ — wenn die Tarifverträge der Arbeiter gebrochen, die Unterstützungssätze abgebaut wurden und damit die Kaufkraft der Massen vermindert wurde. Er firmierte „Zur Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten“, wenn den Arbeitern die Löhne abgebaut wurden, mit „Zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung sowie Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden“, wenn er den Abbau der Unterstützungssätze vornahm und die Gemeinden mit den Wohlfahrtserwerbslosen belastete. „Zur Sicherung des inneren Friedens“ wird etikettiert, wenn die Papen-Regierung mit den

rigorosesten Maßnahmen gegen die Arbeiter vorgeht und ihnen durch Verbote von Demonstrationen und Wahlversammlungen die Gelegenheit nimmt, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Herr Severing gab damals seinem Diktaturgesetz den Titel eines „Selbstverwaltungsgesetzes“, obwohl damit die Selbstverwaltung abgebaut werden sollte.

Genauso unternimmt es auch der Magistrat, sein reaktionäres Machwerk damit zu begründen, daß es den großen Aufgaben der Selbstverwaltung dienen und erhebliche Mängel im Interesse der Selbstverwaltung der gesamten Stadtgemeinde beseitigen soll. Herr Bürgermeister Lange, der leider nicht anwesend ist . . . (Zurufe.) also doch; er hat sich aber auf die linke Seite begeben — hat sich sogar die Mühe nicht verdrießen lassen, für das „Berliner Tageblatt“ die Feder zu strapazieren. Er führte dort aus, daß die vom Magistrat vorgeschlagene Verwaltungsreform — deshalb ist den Arbeitern das Wort „Reform“ im Munde von Sozialdemokraten so verhaßt, weil es immer Reaktion bedeutet („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), daß die vom Magistrat vorgeschlagene Verwaltungsreform nicht nur eine ganz erhebliche Verbilligung und Vereinfachung der Bezirksverwaltung bewirke, sondern darüber hinaus das Gemeinschaftsgefühl der Berliner Bevölkerung wesentlich stärken werde. Daß du die Nase im Gesicht behältst! Ist Ihnen, Herr Lange, nicht die Feder verstaucht, als Sie so schrieben? Sie können doch selbst nicht an das glauben, was Sie geschrieben haben. Sie können doch die werktätige Bevölkerung Berlins nicht als Idioten einschätzen und von ihr annehmen, daß sie glaubt: Das Gemeinschaftsgefühl werde gestärkt, wenn durch diese sogenannte Reform die Verwaltung der Gemeinde der öffentlichen Kontrolle entzogen, die ehrenamtliche Betätigung in der Verwaltung abgeschafft, die Diktatur der Bürgermeister aufgerichtet, die Stadtverordnetenversammlung entrechtet wird. Vielleicht haben Sie in einem anderen, von Ihnen nicht gemeinten Sinne recht. Vielleicht wird durch diese Reform das Gemeinschaftsgefühl der werktätigen Bevölkerung zum Kampf gegen diese Reform und gegen den Magistrat gestärkt werden. Wir Kommunisten werden uns dabei die größte Mühe geben.

Herr Bürgermeister Lange hat im „Berliner Tageblatt“ noch

einen anderen Satz geschrieben, den ich deshalb zitiere, weil Herr Lange ein Sozialdemokrat ist. Es heißt dort folgendermaßen:

Die Arbeit in den Bezirken besteht nicht in einem Austoben lokalen kommunalen Ehrgeizes, sondern in der vernünftigen Sorge für die besonderen Interessen der Bezirkseinwohner, in gesunder Initiative für diese Bezirke im Rahmen des Einheitsganzen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Sehen Sie, Herr Lange, wie die Herren von rechts schmunzeln? Sie denken sich: Wie schön hat er das gesagt; keiner von uns konnte das besser sagen. Sie sind ihr Mann, und Sie werden sich noch das volle Vertrauen der Rechtsparteien erwerben — so wie es die Herren Noske und Zörgiebel bei Herrn von Papen erreicht haben. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Sehen Sie, meine Herren Sozialdemokraten, das ist die fürchterliche Metamorphose, die sich bei den sozialdemokratischen Führern vollzogen hat. Damit haben Sie es den Nazis leicht gemacht, den Marxismus vor den Massen zu verdächtigen. Aber Ihre Auffassung und Taten haben mit Marxismus nicht das geringste mehr gemeinsam.

Die Sozialdemokraten haben einen Antrag zu dieser Vorlage eingebracht, der absolut bestätigt, was ich über ihre Politik gesagt habe. Sie erklären darin: Herr Bracht, zwingen Sie uns doch nicht. Wir sind selbst bereit, uns von jeder Selbstverwaltung zu kastrieren; Sie brauchen diese Manipulation an uns nicht vorzunehmen. Die Nazis haben im „Angriff“ angekündigt, daß sie sich heute hier nicht nur mit Protesten begnügen, sondern positive Vorschläge machen werden. Ich habe mich bemüht, das von ihnen in der letzten Minute eingereichte Dokument durchzulesen, muß aber sagen: Sehr viel Hirnschmalz haben die Nationalsozialisten auf ihren Antrag nicht verwendet. Den hat wohl eine Stenotypistin aus der bestehenden Gemeindeverfassung abgeschrieben. Dann hat irgendein Schlaumeier, vielleicht Herr Dr. Lippert, irgendwo noch schnell ein paar Korrekturen eingefügt. Was ist denn in dem ganzen Antrage — für den das Papier zu schade ist, auf dem er vervielfältigt wurde — für ein Unterschied gegenüber dem bestehenden Zustande? Daß die Nazis die Stadtverordnetenversammlung auf 180 Mitglieder ein-

schränken wollen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Wenn hier auf Seite 2 von einer Bezirksversammlung die Rede ist, so zeigt das die ganze Lotterigkeit der Herstellung dieses Antrages, da weder in § 4 oder 5 noch in den folgenden Paragraphen und Abschnitten irgend etwas von der Zusammensetzung einer solchen Bezirksversammlung gesagt wird. (Stadtverordneter Treff: „Sie haben wohl niemals in Ihrem Leben Druckfehler gelesen?“ — Große Heiterkeit.) Es wäre nützlich gewesen, wenn Sie dem Vorsteher mitgeteilt hätten, daß das ein Druckfehler ist. — Dann aber übernehmen Sie vollkommen die Allmacht der Bürokratie und sogar die Ausschlußbestimmungen und das Bestätigungsrecht des Staates. Das sind mir schöne „Revolutionäre“ — so bezeichnen Sie sich doch immer. Sie unterwerfen sich absolut den Papen und Bracht. Das brauchten Sie auch nicht erst durch dieses Dokument zu beweisen. Das ist im Preußischen Landtage und im Reichstage mit aller Deutlichkeit offenbar geworden.

Wenn Herr Kube — der Vorsitzende der Nazifraktion im Preußischen Landtage — seine ganze Zeit fast nur noch damit zu bringen muß, einen Zurückzieher nach dem anderen vor den bürgerlichen Parteien zu machen, so zeigt sich in diesem Benehmen der Nationalsozialisten die Kapitulationspolitik auf der ganzen Linie. So mußte er zum Beispiel die Erklärung abgeben, daß der Antrag, die Beamten aufzufordern, den Papen-Bracht nicht zu gehorchen, gar nicht so ernst gemeint gewesen sei, so mußte er die Kleine Anfrage gegenüber dem Deutschnationalen von Freytagh-Loringhoven, die Beschuldigung der Frau des ehemaligen Vizepräsidenten Weiß, die Beschuldigung „Judenjunge“ gegenüber dem deutschnationalen Abgeordneten Steuer, die Bezeichnung des Kommandeurs der Schutzpolizei Heimannsberg als „Polizeibursche“ zurücknehmen. Die Nazis wollten doch die alleinige Macht übernehmen. Mit dieser Geste trat Herr Hitler vor Hindenburg. Und kaum, daß er rausgeschmissen war, begann der Kuhhandel mit dem Zentrum um die Teilung der Macht, um Ministerposten. Es ist ganz klar, daß nun bei den Wählermassen, die mit so großen Hoffnungen gefüttert worden sind, eine große Enttäuschung eintritt infolge des tatsächlichen Verhaltens der Nazis. Deshalb ist auch den Nazis angst und bange geworden vor dem Resultat ihrer glorreichen Politik.

Aber die Neuwahl in den Gemeinden, die wir Kommunisten im Preußischen Landtage forderten — die auch vom Landtage beschlossen, aber vom Staatsrat abgelehnt wurde, also vorläufig aussichtslos ist —, wird noch keine Entscheidung über diese Politik der bürgerlichen Parteien bringen. Denn über den gewählten Parlamenten steht der Verwaltungsapparat, dem die ganze Macht überantwortet wird und der zerschlagen werden muß, wenn das Proletariat die Macht übernimmt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Ich habe eingangs meiner Ausführungen auf den wahren Zweck dieser sogenannten Verwaltungsreform hingewiesen und möchte noch einige Worte dazu sagen: Angesichts der Wirtschaftskrise, der Tributsklaverei, der Steuerpolitik des Reiches und der Länder, angesichts des völligen Bankrotts der Gemeinden versucht die Bourgeoisie, sich auf Kosten der werktätigen Massen aus diesem Bankrott zu retten. Es soll gespart werden. Aber dort, wo wirklich gespart werden könnte, werden die Ausgaben eher gesteigert. Es wird gespart auf Kosten der Ärmsten der Armen durch den Abbau aller Wohlfahrtslasten, der Gesundheitspflege, der Schulkosten, der Löhne und Gehälter der Arbeiter und unteren Angestellten und Beamten, durch Entlassungen von städtischen Arbeitern und Angestellten. Sehen Sie, das ist Ihre Sparpolitik, und weil Ihnen dabei um die Gefolgschaft Ihrer werktätigen Wähler bangt, deshalb wollen Sie die Durchführung dieser Sparpolitik der Bürokratie überlassen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Deshalb sind Sie froh, daß Sie durch die Ausschaltung der öffentlichen Tagung des Parlaments der Möglichkeit einer Kontrolle durch die Wähler entzogen werden. Darum sind Sie für diese Art von Verwaltungsreform. Wenn Sie auch heute noch der Abstimmung über diese Vorlage zunächst durch die Verweisung an den Ausschuß entgehen, so stützen Sie sich doch bei einer Ablehnung dieser Vorlage nur darauf, daß Sie wissen: Wenn Sie auch die Vorlage ablehnen, Herr Bracht wird Ihnen mit seiner Notverordnung zu Hilfe kommen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Sie führen den Streit hauptsächlich um die neue Bezirkseinteilung. Wenn hier auch die Schaffung von unerhörten Mammutbezirken vorgenommen werden soll — die wir auf das schärfste ablehnen und zu der wir im Ausschuß eine Reihe von Abände-

rungsanträgen stellen werden —, so liegt doch die größte Bedeutung im ersten Teile der Vorlage. Er will die völlige Strangulierung der sogenannten Selbstverwaltung der Bezirke und die Aufrichtung der Bürgermeisterdiktatur, gegen die wir Kommunisten den schärfsten Kampf führen — einen Kampf, der nicht mit der Annahme oder Ablehnung dieser Vorlage abgeschlossen sein wird. Die neue Bezirkseinteilung ist den Polizeirevieren angepaßt, so wie es schon der frühere Polizeipräsident von Berlin, Herr Grzesinski, gefordert hat; das ist das radiale System einer Bürgerkriegsstrategie, bei der die Polizei die großen Ausfallstraßen zum Überfall auf die Arbeiter benutzt, wenn diese sich im offenen Kampf gegen die Bourgeoisie auflehnen. Auch aus diesen Gründen lehnen wir die Einteilung ab.

Diesem Diktaturgesetz — das bereits in dem bestehenden Gemeindeverfassungsrecht vom 30. März 1931 verwirklicht wurde und wofür die Sozialdemokratie mit dem Zentrum und den Demokraten die Verantwortung trägt —, diesem Gesetz, das jetzt für die Bezirke noch verschärft werden soll — stellen wir Kommunisten den werktätigen Massen die Aufgabe gegenüber, die Sowjetmacht zu erkämpfen. Denn dadurch allein kann eine wirkliche Selbstverwaltung der proletarischen Massen in Gemeinde und Staat herbeigeführt werden. Ihnen ist die Zahl der 225 Berliner Stadtverordneten schon zu hoch. Sie wollen die Herabsetzung dieser Zahl. Die Nazis wollen diese Zahl auf 180 ermäßigen, weil angeblich die Verhandlungen zu sehr erschwert wären. In Wirklichkeit wollen Sie damit nur erreichen, daß möglichst wenig Arbeiter in diese Körperschaft hineinkommen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Stellen Sie sich vor: Der Moskauer Sowjet, die Moskauer Gemeindevertretung, zählt über 3000 Mitglieder, 2600 ordentliche Mitglieder und 691 Kandidaten. Diese Gemeindevertretung hat die höchste Arbeitsfähigkeit, die sich denken läßt. Ich will Ihnen nur ganz kurz die Wahl, Zusammensetzung und Funktionen dieser Gemeindevertretung, des Sowjets, erklären. Dort hat die Belegschaft jedes Betriebes das Recht, ihre Vertreter sowohl in den Stadt- wie in den Bezirkssowjet zu wählen, und zwar wählen in den Stadtsowjet je 800 Wähler einen Vertreter und in den Bezirkssowjet sogar je 200 Wähler einen Vertreter. Kleinere Betriebe bis zu 300 Arbeitern haben das Recht,

einen selbständigen Vertreter zu wählen, und die noch kleineren Betriebe werden zu Wahlgruppen zusammengelegt. Dabei haben auch die ausländischen Arbeiter das aktive und passive Wahlrecht. Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind lediglich Industrielle, Grundbesitzer und solche Personen, die die Gesetze übertreten haben. Insgesamt sind aber nur 1 Prozent von den 1,6 Millionen Wahlberechtigten vom Wahlrecht ausgeschlossen. Bei der letzten Wahl im Februar dieses Jahres beteiligten sich 84,4 Prozent der Wahlberechtigten, 1 364 000 Wähler, an der Wahl. Die 2600 Sowjetmitglieder und 691 Kandidaten waren ihrer sozialen Herkunft nach 71,8 Prozent Arbeiter, 14,4 Prozent Angestellte, 3 Prozent Hausfrauen, 1,5 Prozent gewerblich Tätige, 3,3 Prozent Studenten und 2,8 Prozent Soldaten der Roten Armee. 25 Prozent der gesamten Vertretung besteht aus Frauen und 50,6 Prozent der Sowjetmitglieder arbeiten unmittelbar im Betriebe. Mitglieder der Kommunistischen Partei sind 51,5 Prozent. Es gibt aber viele Sowjets, in denen die Parteilosen die absolute Mehrheit haben. Die Sowjets sind zugleich beratende, beschließende und vollziehende Organe. Eine Trennung dieser Gewalten gibt es nicht. Jeder Sowjetdelegierte ist verpflichtet, an der Durchführung der Beschlüsse direkt und aktiv mitzuarbeiten. Versäumt er diese Pflicht, so kann er jederzeit von seinen Wählern abberufen werden. Die Abberufung ist sogar erleichtert gegenüber seiner Wahl. Es sind dazu nur 35 Prozent der Wähler notwendig gegenüber 50 Prozent, die als Minimum für die Wahl vorgeschrieben sind. Wie ernst es aber dem Sowjetdelegierten mit seiner Pflicht ist, zeigt, daß bisher von den 2600 Vertretern nur 59 abberufen worden sind. Die Sowjetdelegierten erhalten keinerlei Entschädigung. Einen eventuellen Lohnverlust tragen die Betriebe, aus denen sie entsandt sind. Die enge Verbundenheit der Sowjetdelegierten mit ihren Wählern ist auf mehrfache Weise garantiert: Einerseits dadurch, daß sie überhaupt im Betriebe tätig sind; andererseits dadurch, daß sie die Verpflichtung haben, ständig im Betriebe für die Durchführung der Gemeindebeschlüsse zu sorgen. Selbst die Art der Wahl gibt eine gewisse Garantie für die enge Verbundenheit. Die Wahl erfolgt in Wahlversammlungen, in denen jeder Wähler Vorschläge und Ergänzungsanträge zu den von der Partei herausgegebenen Instruktionen machen kann. Bei

der letzten Wahl sind Hunderttausende solcher Ergänzungsvorschläge in den Wahlversammlungen gemacht worden, und nach der Wahl sind weitere 160 000 Vorschläge eingereicht worden. Es ist vom Sowjet eine besondere Kommission eingesetzt, die die Durchführung der Wähleraufträge zu überprüfen hat. Der Moskauer Sowjet gibt in jedem Quartal ein besonderes Buch heraus mit all diesen Wählervorschlägen und der Art ihrer Erledigung. Nach einem halben Jahre waren von den 200 000 Aufträgen 50 Prozent erledigt, und nur 5 Prozent wurden als ungeeignet zurückgewiesen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Vorsteher Haß, den Redner unterbrechend: „Herr Kollege Pieck, die Redezeit ist um!“

Ich werde noch ein paar Minuten sprechen, vielleicht interessiert es die Herren doch. Es wird nicht mehr lange dauern. — Um die volle Selbstverwaltung zu sichern und jeden Bürokratismus zu verhindern, besteht eine Reihe organisatorischer Garantien. So zunächst die Sektionen bei den Verwaltungsabteilungen. Von diesen Sektionen gibt es in Moskau 26, nach der Zahl der Abteilungen. In diesen Sektionen sind 45 000 Mitglieder tätig, die sich vorwiegend aus gewählten Delegierten, aber auch aus Arbeitern, Angestellten, Spezialisten, Ingenieuren, Ärzten, Volkswirtschaftlern, Pädagogen usw. zusammensetzen. Diese Sektionen haben nun die Aufgabe, ganz konkrete Vorschläge für die Gemeindegarbeit zu machen, aktiv mitzuhelfen bei der Arbeit des Sowjetapparates und bei der Durchführung der Beschlüsse. Sie sind also nicht etwa ein Beirat, dessen Gutachten man anhören kann, das man beachten kann oder nicht, sondern die Beschlüsse der Sektion sind bindend für die Verwaltungsabteilung. Nur wenn sich eine Differenz ergibt, entscheidet das Präsidium des Moskauer Sowjets über die Differenz. Aber da die Leiter der Verwaltungsabteilungen durchweg ehemalige Arbeiter sind, kommen solche Differenzen sehr selten vor.

Nun, ich muß sehr eilen. Ich will nur aufzählen, welche weiteren Garantien der Selbstverwaltung noch vorhanden sind. Da sind zum Beispiel die Chefschaften der Betriebe über die Verwaltungsabteilungen. Der betreffende Betrieb entsendet die besten,

befähigsten Arbeiter zu dieser Verwaltungsabteilung — auch zu den Gerichten —, und sie arbeiten dort, um sich auf diese Weise in die Verwaltungs- oder Gerichtspraxis einzuarbeiten. Aber die Arbeiter verlieren dabei keineswegs etwa den Kontakt mit den Betrieben; sie bleiben ja im Betrieb. Welchen Vorteil das hat, zeigt die Chefschaft, die ein Betrieb über das Volkskommissariat der Finanzen gehabt hat. Durch die Vorschläge der Arbeiter zur Reorganisation und Vereinfachung der Verwaltung wurde im letzten Jahre eine Ersparnis von 40 Millionen Rubel erzielt. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Dann bestehen noch weitere Garantien in der Selbstverwaltung durch die sozialistischen Stellvertreter der Leiter. Ferner wird noch durch die Deputiertengruppen in den Bezirken die Garantie geschaffen, daß von unten her die volle Teilnahme an der Gemeindeverwaltung gesichert ist.

Das ist in ganz groben Umrissen ein Bild der Selbstverwaltung durch die werktätigen Massen. Dem Moskauer Sowjet sind alle Betriebe der Stadt unterstellt, auch wenn sie ihren Plan und ihr Budget von einem Volkskommissariat oder Trust¹ erhalten. Ebenso unterstehen Gericht und Miliz dem Sowjet. Der Sowjet ist das Organ zur Ausübung der proletarischen Diktatur im Interesse und Auftrage aller Werktätigen. Dieser Selbstverwaltung entspricht auch das Ergebnis: die fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltung, Gesundheit und Wohlfahrt der werktätigen Massen. („Bravo!“ bei den Kommunisten.) Das ist es, meine Herren, was wir Kommunisten auch für Deutschland wollen. Dazu rufen wir die Massen auf: Im Kampf um Lohn, Brot und Freiheit die Einheit und die Kraft zu finden, das verfaulende reaktionäre System des Kapitalismus zu vernichten und an seiner Stelle die Macht der Sowjets zu errichten. Die Sowjets sind die allumfassende Massenorganisation des Proletariats, weil sie, und nur sie allein, die Werktätigen ohne Ausnahme erfassen. Sie sind die Staatsorganisation des siegreichen Proletariats, mit der allein der Sozialismus durchgeführt werden kann. Und das, meine Damen und Herren, ist der Bolschewismus, zu dessen Verhinderung Sie sich alle — von den Sozialdemokraten bis zu den Nazis — ver-

¹Gemeint ist hier eine Organisation bestimmter sozialistischer Betriebe. *Die Red.*

einigen. Sie wollen den Kapitalismus erhalten, um den Sozialismus zu verhindern.

Schauen Sie sich demgegenüber Ihre sogenannte Selbstverwaltung an. Sie ist ein arger Betrug; die Massen sind davon ausgeschlossen. Die Verwaltung wird gegen die Massen für die Bourgeoisie eingesetzt. Nicht das „dritte Reich“ der Nazis, nicht der Staatskapitalismus der Sozialdemokratie, nur der revolutionäre Massenkampf, die proletarische Revolution, wird den werktätigen Massen Lohn, Brot und Befreiung von jeder Knechtschaft bringen.

Darum weg mit diesem sozialfaschistischen Machwerk des Magistrats! Nieder mit diesem Magistrat, nieder mit Bracht und Papen! Es lebe die Streikbewegung der proletarischen Massen! Es lebe der Berliner Sowjet!¹

„Stenographische Berichte über die Sitzungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung“, Jahrgang 1932.

¹Die Abstimmung fand in der nächsten Sitzung statt. Der kommunistische Protest gegen die Bracht-Erlasse wurde auch vom Plenum mit großer Mehrheit angenommen. Aber dann wurde die Magistratsvorlage wiederhergestellt und erneut dem Ausschuß überwiesen. Von dort kam sie am 17. November in etwas veränderter Form wieder in das Plenum. Am 18. November wurde darüber abgestimmt, wobei weder die Magistratsvorlage noch die Ausschlußbeschlüsse eine Mehrheit fanden. *Die Red.*

Papen-Kurs: Raub der Rechte des werktätigen Volkes

*Rede in der außerordentlichen Sitzung der Berliner
Stadtverordnetenversammlung*

25. Oktober 1932

Die Beratungen der dem Ausschuß überwiesenen Magistratsvorlage¹ haben einen eigenartigen Ausgang genommen. Herr Dr. Caspari hat schon darauf hingewiesen, daß zuerst die Mehrheit, mit Ausnahme der Kommunisten, ein Bekenntnis zur positiven Mitarbeit an dieser Verfassungsverschlechterung, an diesem Raub der Rechte der werktätigen Wählerschaft, ablegte. Dann aber wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, wonach nicht nur die Magistratsvorlage, sondern auch die Verfassungsverschlechterung abgelehnt wurde, die bereits vor zwei Jahren durch eine Änderung der Verfassung vorgenommen worden war. Die Grundlage dieses Beschlusses beruht auf den vor der letzten Verfassungsverschlechterung bestehenden Gemeindeverfassungsbestimmungen. Die werktätigen Massen sollen sich aber nicht darüber täuschen lassen, daß der Beschluß des Ausschusses etwa bedeutet, die bürgerlichen Parteien sowie die Sozialdemokratie seien Gegner einer solchen Verschlechterung der Gemeindeverfassung. Sie stimmen durchaus mit dem Magistrat überein bei der Entrechtung der werktätigen Massen, die durch diese Vorlage vorgenommen werden soll. Der Zweck, dem die Verfassungsänderung dienen soll, ist ganz klar. Es sollen eine ganze Reihe Maßnahmen ergriffen werden, die sich ausschließlich gegen die werktätigen Massen — Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, Kleingewerbetreibende und Sozialrentner — richten und mit denen eine weitere unerhörte Verschlechterung ihrer Lebenshaltung herbeigeführt wird. Es ist den Parteien politisch sehr unangenehm, die Verantwortung dafür zu übernehmen; denn sie bemühen sich ja, die Massen über ihre arbeiterfeindliche Einstellung zu täuschen. Das gilt für alle bür-

¹Gemeint ist die Magistratsvorlage zum Bracht-Ultimatum. Siehe Seite 699 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

gerlichen Parteien bis zu den Nationalsozialisten, auch für die Sozialdemokraten. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Keine dieser Parteien will ernstlich einen Kampf der werktätigen Massen gegen den Hungerkurs, wie er besonders von der Papen-Regierung mit aller Brutalität durchgeführt und wie er übertragen wird auf die Politik der Länder und Gemeinden. Aus diesem Grunde wollen sie durch eine Abschiebung der Verantwortung auf die Verwaltungsbürokratie sich der Verantwortung entziehen.

Ich habe schon bei der ersten Beratung dieser Vorlage eingehend dargelegt, was mit ihr erreicht werden soll. Ich will es nochmals kurz wiederholen: Diese Vorlage ist nur der Restbestand der Verfassungsverschlechterung, die in den Jahren 1930 und 1931 durch die damalige preußische Regierung mit Herrn Severing als Innenminister vorgelegt worden ist, um eine völlige Entrechtung der werktätigen Bevölkerung durchzuführen, möglichst jede öffentliche Kontrolle der Gemeindeverwaltung auszuschalten und durch Übertragung aller Vollmachten auf die Bürokratie die Parteien von der Verantwortung zu entlasten. Man will es sich damit nur erleichtern, diesen Hungerkurs gegen die werktätigen Massen durchzuführen. Wie das gemacht werden soll, das hat uns der Oberbürgermeister wieder sehr drastisch zum Bewußtsein gebracht. Ich erinnere daran, daß die Versammlung die 500prozentige Erhebung der Bürgersteuer abgelehnt hatte. Was schert aber den Oberbürgermeister der Mehrheitsbeschluß dieser Versammlung?! Er fühlt sich dieser Versammlung gegenüber nicht verantwortlich, sondern nur der Aufsichtsbehörde, von deren Gunst er abhängig ist. Und so hat er einfach selbst die Erhebung dieser Blutsteuer angeordnet. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Bürgersteuer die berüchtigte Kopfsteuer ist, die in der unverfrorensten Weise von den Ärmsten der Armen eingetrieben wird. Es entspricht durchaus der Aufgabe, die der Oberbürgermeister von der Aufsichtsbehörde übertragen bekommen hat: die Besitzenden von den Gemeindelasten zu entlasten und dafür Sorge zu tragen, daß den hungernden Massen diese Lasten aufgebürdet werden. Wir erheben den schärfsten Protest gegen diese dreiste Oktroyierung der 500prozentigen Bürgersteuer durch den

Oberbürgermeister! Wir werden einen Antrag einbringen, in dem wegen dieses Verhaltens dem Oberbürgermeister die schärfste Mißbilligung ausgesprochen und sofort die Zurückziehung der angeordneten Bürgersteuer verlangt wird. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wir werden sehen, wie sich die Parteien, die hier die Bürgersteuer abgelehnt haben, gegenüber diesem Antrage verhalten: ob ihre Ablehnung der Bürgersteuer nur eine Komödie vor den Massen war, oder ob sie gewillt sind, diesen Beschluß auch dem Oberbürgermeister gegenüber durchzusetzen.

Das Verhalten des Oberbürgermeisters zeigt die Absicht der Gemeindebürokratie, sich nicht mehr um die Beschlüsse der Gemeindeparlamente zu kümmern. Das ist auch der Kurs, der jetzt von der Reichsregierung nicht nur im Reiche, sondern auch in den Ländern, insbesondere in Preußen, durch den Reichskommissar durchgesetzt wird. Herr Papen fährt jetzt wie ein Geschäftsreisender überall im Reiche umher, um seine Visitenkarte bei allen reaktionären Organisationen abzugeben, auf deren Unterstützung er bei der Durchführung seines Hungerkurses rechnet und von denen er auch seine Aufträge für diesen Kurs erhält. Herr Papen sorgt aber wider Willen dafür, daß die Werktätigen allmählich begreifen, worum es bei der Reichstagswahl am 6. November geht: ob der Hungerkurs durch die Notverordnungen der Reichsregierung weiter fortgesetzt, ob noch mehr der Lohn abgebaut, noch weniger Unterstützungen gezahlt, noch mehr Massensteuern erhoben, ob der Wahlrechtsraub und die politische Entrechtung der Massen durchgeführt werden sollen und ob wieder wie vor dem Kriege allein der Geldsack über die Zusammensetzung der Parlamente zu bestimmen hat. Scheinbar kämpft Papen gegen alle Parteien. In seiner Rede, die er vor den Obermeistern der Berliner und märkischen Innungskrauter hielt, hat er sich mit großer Emphase gegen die Parteibürokratie gewandt. Dabei rechnet er aber doch darauf, daß er von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, bei der Durchführung seines Hungerkurses unterstützt wird. Diese Rede des Herrn von Papen ist die Illustration zu der Magistratsvorlage, die uns hier unterbreitet worden ist. Es ist mehr als eine Dreistigkeit, wenn Herr von Papen in dieser Rede erklärt, daß seine größte

Sorge die Wahrung der Rechte des Volkes sei; denn im gleichen Atemzuge erklärt er, wie er die Rechte des werktätigen Volkes beschränken will. Herr von Papen, der sich zu einer göttlichen Sendung berufen fühlt, setzt seine Hoffnungen bei allem auf den lieben Herrgott. (Stadtverordneter Fritz Lange: „Der kann nicht widersprechen!“) Bei der von ihm angekündigten Rettung des Volkes meint er den Teil des Volkes, der nur 5 Prozent ausmacht und der über einen großen Geldsack und über die Produktionsmittel verfügt. Den übrigen Teil des Volkes, nämlich den werktätigen Teil, der 95 Prozent ausmacht, meint er nicht. Dessen Lebenshaltung macht Herrn von Papen weniger Sorge. Seine göttliche Sendung sieht er darin, mit aller Rücksichtslosigkeit durchzuführen, was schon die Aufgabe Herrn Brünings und anderer Regierungen war: Zur Rettung der Bourgeoisie und für den kapitalistischen Aufbau die Lebenshaltung der werktätigen Massen bis ins Unerträgliche herabzudrücken. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Es ist interessant, die Pressestimmen zu den Reden des Herrn von Papen zu verfolgen. So ziemlich von allen bürgerlichen Parteien wird das Bemühen des Herrn von Papen unterstützt, die Rechte des werktätigen Volkes — soweit sie bisher noch darin bestanden, die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften zu vollziehen — durch den Wahlrechtsraub aufzuheben und durch Schaffung einer sogenannten Ersten Kammer der Berufsstände und Bevorrechtigten dem Parlament das selbständige Entscheidungsrecht zu nehmen.

Herr von Papen hat sich sogar in seiner gestrigen Rede vor den Obermeistern sehr anerkennend über den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ausgesprochen, der zum 18. Oktober eine große Kundgebung der Gewerkschaften einberufen hatte. Nach der Ankündigung konnte man annehmen, daß an diesem Tage der ADGB zu einer großen Aktion, vielleicht zum allgemeinen Generalstreik der Gewerkschaften gegen die Papen-Regierung aufrufen würde. Aber diese Kundgebung, die man so bedeutsam in die Welt setzte, hat ein Resultat gezeitigt, über das Herr von Papen sich sehr befriedigt ausgedrückt hat. Er sagte:

Ich begrüße es deshalb, wenn auf der kürzlich hier in Berlin stattgefundenen öffentlichen Tagung des Allgemeinen Deutschen

Gewerkschaftsbundes Herr Abgeordneter Tarnow die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärte, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Ich habe einmal etwas davon gehört, daß die Sozialdemokratie ein Volksbegehren gegen den wirtschaftlichen Teil des Notverordnungsprogramms des Herrn Papen beantragt hat. Herr Papen hat es aber nicht so eilig, zu dem Antrage Stellung zu nehmen, weil er weiß, daß der Antrag gar nicht ernst gemeint ist. Und wenn Herr Tarnow nun noch ausdrücklich erklärt, die Gewerkschaften wollen erst einmal abwarten, ob Herr Papen mit seiner Notverordnung Erfolg hat oder nicht — dann darf man sich doch nicht wundern, wenn sich die Regierung noch mehr Zeit läßt, zu dem Antrage auf Durchführung des Volksbegehrens Stellung zu nehmen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokratie hat es auch nicht sonderlich eilig mit diesem Antrage. Sie beschränkt sich darauf, alle drei Wochen einmal im „Vorwärts“ irgendeinen Leitartikel zu schreiben, in dem daran erinnert wird, daß die Regierung doch über diesen Antrag noch nicht entschieden hat. Wir Kommunisten werden eine solche Volksbegehrenskampagne in vollem Umfange durchführen — aber nicht in dem Sinne, wie es von der Sozialdemokratie gedacht ist, nämlich, daß sich die Werktätigen rein parlamentarisch in die Listen einzeichnen und damit die Sache erledigt ist. Wir werden diese Einzeichnungskampagne so ankurbeln, daß den Vätern dieses Gedankens vor dem Erfolge dieser Ankurbelung angst und bange werden soll. Es ist sehr interessant, daß der „Vorwärts“ bei seiner Berichterstattung über die Papenrede bei den Innungskrautern kein Wort von diesem Lob Papens über die Äußerung von Tarnow erwähnt. Man kann verstehen, daß das nicht gut in die Politik der Sozialdemokratie hineinpaßt. Sie tut doch so, als ob sie gegen Papen kämpfen will. Hier aber wird von Papen seine Bundesgenossenschaft mit dem ADGB im Kampfe gegen die werktätigen Massen bestätigt. Wenn der ADGB überhaupt dem Gedanken Raum gibt, daß dieses Wirtschaftsprogramm des Herrn von Papen die Möglichkeit einer Ankurbelung der Wirtschaft in sich berge, so stützt die Sozialdemokratie da-

mit den ganzen Papen-Kurs. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Herr von Papen scheint weniger von dem Erfolg überzeugt zu sein; er hält es mehr mit der Methode Coué, indem er jeden Tag prophezeien läßt: Es wird schon immer besser und besser. Aber die Erwerbslosenzahlen steigen schon wieder an. Die Manöver, mit denen man den Anschein zu erwecken versucht, als ob die Maßnahmen der Papen-Regierung geeignet wären, die Lage der Werktätigen, insbesondere der Erwerbslosen, zu bessern, haben keinen Erfolg. Sie zeigen nur den Schwindel, der mit diesen Manövern aufgeführt wird. Es ist jedenfalls Tatsache, und das wissen nicht nur die Erwerbslosen und die Sozialrentner, sondern alle Schichten der werktätigen Massen, daß es in ihrer Wirtschaft nicht besser, sondern von Tag zu Tag schlechter geht.

Auch die Berliner Verkehrsgesellschaft bringt ihren Arbeitern und Angestellten zum Bewußtsein, was dieser ganze Papen-Kurs in der Praxis bedeutet, indem auch sie mit einem weiteren Lohnabbau vorgeht. Die Sozialdemokratie ist auch hier die Stütze dieses Lohnabbaukommissärs, des Herrn von Papen. Ich werde Ihnen das gleich beweisen. Wir Kommunisten haben im Aufsichtsrat den Antrag gestellt, die Direktion anzuweisen, keinerlei Lohnabbau bei den Arbeitern und Angestellten vorzunehmen. Die Sozialdemokraten haben mit den anderen bürgerlichen Vertretern im Aufsichtsrat die Annahme dieses Antrages der Kommunisten verhindert („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), indem sie sagten, vorläufig käme die Entscheidung des Aufsichtsrats gar nicht in Betracht, man solle erst die Gewerkschaften hören. Aber Herr Tarnow hat auch schon für die Gewerkschaften erklärt, daß sie doch Herrn von Papen erst die Chance geben wollen — ob nicht durch den Lohnabbau ein Erfolg für den Wiederaufbau der Wirtschaft erzielt werden kann. Und deshalb haben wir auch keinerlei Vertrauen, daß etwa durch den Gesamtverband irgendwie ein Lohnabbau der Arbeiter und Angestellten bei der BVG verhindert werden wird. Darum haben wir im Aufsichtsrat unseren Antrag gestellt. Wir wollten gerade feststellen, daß es die Sozialdemokraten sind, die im Aufsichtsrat eine Entscheidung darüber unmöglich gemacht haben, ob ein Lohnabbau verhindert oder ob er durchgeführt werden soll. (Zu-

ruf bei den Sozialdemokraten: „Das ist sehr gewunden!“) Das ist nicht sehr gewunden, das ist sehr klar. Ihre Stellungnahme ist allerdings sehr gewunden. Diese Feststellung war auch deshalb notwendig, weil sich die Sozialdemokratie jetzt vor den Wahlen krampfhaft bemüht, in Berlin die Massen über die große Verantwortung hinwegzutäuschen, die gerade die Sozialdemokratie in der Berliner Verwaltung für die unerhörte Verschlechterung der Lebenshaltung der Berliner werktätigen Bevölkerung trägt. Die SPD versucht jetzt, aus ihrer Partei eine Partei der Gedächtnisschwachen zu machen, die einfach alles vergessen haben sollen, was von ihr bisher zur Schädigung der werktätigen Massen unternommen worden ist. Gerade auf dem Gebiete der Gemeindepolitik, auf dem die Sozialdemokratie immer die Behauptung aufgestellt hat, daß hier noch am ehesten der Sozialismus in die Praxis umgesetzt werden könne, hat sie bewiesen, daß sie nur eine Aufgabe erfüllt: der sozialen Reaktion zum Durchbruch zu verhelfen. Ich führe dafür eine Anzahl von Beispielen an, weil sich die Sozialdemokratie gerade mit der Verschlechterung dieser Gemeindeverfassung aus der Zange befreien will, in der sie sich durch den wachsenden Druck der Massen — infolge der fortgesetzten Verschlechterung der Lebenshaltung — befindet. Gerade auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik ist es die Sozialdemokratie, die sowohl durch die Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung als auch durch die Beschlüsse in den Deputationen und Aufsichtsräten zusammen mit den bürgerlichen Parteien eine unausgesetzte Verschlechterung der Lage der städtischen Arbeiter und Angestellten bewirkt hat. Bis zum 31. März 1932 war im Berliner Magistrat eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden, und nach diesem Termin hat die SPD ausschlaggebende, für die Sozialpolitik besonders bedeutende Dezernate besetzt. Die Lohnverhältnisse der Gemeindearbeiter haben sich in dieser Zeit unerhört verschlechtert. Ein verheirateter Gemeindearbeiter mit zwei Kindern verdiente im September 1930 noch wöchentlich 49,43 Reichsmark; heute erhält er bei den sehr gesteigerten Abzügen nur noch 35,05 Reichsmark netto. Ein lediger Gemeindearbeiter verdiente im September 1930 44,24 Reichsmark, heute nur noch 31,74 Reichsmark. Ein BVG-Schaffner hatte im Oktober 1930 noch einen Wochenverdienst von 56,64 Reichsmark, heute

beträgt der Verdienst 44,56 Reichsmark. (Zuruf bei den Kommunisten: „Soll noch weiter abgebaut werden!“) Ebenso ist es mit den Beamten. Ein unterer Beamter hat in den letzten zwei Jahren im Durchschnitt monatlich 70 Reichsmark, ein mittlerer Beamter 120 Reichsmark an Gehalt verloren. Das sind nur ein paar Beispiele für die Verschlechterung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse.

Die kapitalistische Rationalisierung mit den fortgesetzten Entlassungen von Arbeitern und dem Lohnabbau ist auch unter sozialdemokratischer Führung in der Gemeinde durchgeführt worden. Im Jahre 1929 waren bei den städtischen Werken und Gesellschaften noch 43 000 Arbeiter beschäftigt, heute nur noch 34 000. In der Kämmereiverwaltung waren es 28 000, heute nur noch 25 000. Das bedeutet, daß in dieser Zeit insgesamt 12 000 Arbeiter entlassen worden sind.

Wie es mit der Verschlechterung der Schulpflege aussieht, zeigt sich darin, daß bis jetzt 1800 Volksschullehrer entlassen worden sind. (Zuruf bei den Kommunisten: „Tausendeinhundert folgen demnächst!“) Weitere werden folgen bei der Politik, wie sie hier betrieben wird. 37 Volksschulen wurden geschlossen. Für die Reinigung der Volksschulen werden immer weniger Mittel aufgewendet, so daß die Klassen überhaupt nicht mehr täglich gesäubert werden.

Auch bei der Wohlfahrtspflege zeigt sich in Berlin dieser sozialreaktionäre Kurs unter Führung der Sozialdemokratie. Im April 1930 betrug die monatliche Unterstützung für einen verheirateten Unterstützungsempfänger noch 64,50 Reichsmark, heute 51 Reichsmark. Dabei erklärt sich der Magistrat für zahlungsunfähig gegenüber den Unterstützungsempfängern. Er versucht weiter, die Wohlfahrtssätze mehr und mehr herabzudrücken.

Wie sieht es nun mit der Wohnungspolitik aus? Es wird ein unerhörter Wohnungswucher in den mit städtischen Mitteln gebauten Häusern betrieben. Wenn in den städtischen Neubauwohnungen 60 bis 90 Reichsmark Miete im Monat verlangt werden, so ist von der Benutzung dieser Wohnungen der größte Teil der werktätigen Bevölkerung überhaupt ausgeschlossen.

Diese reaktionäre Politik in der Gemeinde Berlin zeigt sich auch auf dem Gebiete der Tariferhöhung. Die Tarife der städti-

schen Verkehrsmittel: Straßenbahn, Autobus oder Untergrundbahn sind seit 1918 von 10 Pfennig auf 25 Pfennig gesteigert worden, obwohl die Lebensverhältnisse der werktätigen Masse sich seit dieser Zeit nicht gebessert, sondern ganz erheblich verschlechtert haben. Ebenso sind die Tarife für Gas und Elektrizität fortgesetzt erhöht worden; ferner auch die Krankenhausverpflegungssätze.

Ich will mit diesen Tatsachen auch der Behauptung der Sozialdemokratie entgegentreten, als ob es ihrer Tätigkeit in der Gemeinde Berlin irgendwie zuzuschreiben wäre, daß die Lage der werktätigen Massen sich nicht noch mehr verschlechtert hat. Die Sozialdemokratie hat niemals irgendwie einen ernsten Kampf gegen die Vorstöße der bürgerlichen Parteien unternommen; sie hat in jeder Hinsicht diesen sozialreaktionären Kurs in der Gemeinde Berlin führend mitgemacht. Es ist deshalb durchaus verständlich, daß sie sich der Kontrolle dieser ihrer sozialreaktionären Politik dadurch zu entziehen gedenkt, daß sie die Öffentlichkeit der Bezirksversammlungen beseitigen will. Die Sozialdemokratie redet jetzt vor der Wahl wieder sehr viel von den sozialen Errungenschaften, die angeblich mit Hilfe der Sozialdemokraten erkämpft worden seien. Ich muß schon sagen, es ist ein spaßiges Unternehmen der Sozialdemokratie, die Sache so hinzustellen, als ob das, was durch die Novemberrevolution geschaffen wurde, auf Grund eines Kampfes der Sozialdemokratie herbeigeführt worden sei. Wir wissen doch, wie Herr Fritz Ebert schon aufs höchste empört war, daß Philipp Scheidemann sich in einem — na, ich lasse es dahingestellt, in welchem — Gemütszustand dazu hat verleiten lassen, vor dem Reichstagsgebäude die Republik auszurufen. Ebert hatte doch dem Prinzen Max von Baden in die Hand geschworen, daß an dem Bestand der Monarchie nicht gerüttelt werden sollte. Als nach dem Sturze der Monarchie und der alten Gewalten die Arbeiter und Soldaten 1918 wirklich versuchten, ihrer Macht dadurch ein gewisses Fundament zu schaffen, daß sie die Arbeiter- und Soldatenräte ausbauten, da waren es die sozialdemokratischen Führer, die diesem Versuche entgegengetreten sind durch Anwendung der blutigsten Waffengewalt gegen das kämpfende Proletariat. Wenn jetzt die Sozialdemokratie herkommt und das, was von den Ar-

beitern durch diesen Umsturz erzwungen wurde, als das Resultat ihres Kampfes anpreisen will, ist das schon ein starkes Stück in der Unterschätzung ihrer Anhängerschaft. Sie glaubt, diese hätte schon alles vergessen, was von sozialdemokratischen Führern in dieser Zeit gegen die Arbeiter unternommen wurde. Der Versuch, die Bezirksverfassung dahin zu ändern, daß die öffentlichen Bezirksversammlungen beseitigt werden, die ehrenamtliche Mitarbeit überhaupt ausgeschaltet und jede sonstige Teilnahme der Bevölkerung an der Verwaltung verweigert wird, soll nur dazu dienen, diesen konterrevolutionären Kurs der Sozialdemokratie — wie er bisher in der Gemeinde geführt wurde — noch mehr zu unterstützen.

Die Nationalsozialisten, die jetzt bemüht sind, sich als die Retter des Volkes anzupreisen — nachdem sie am 13. August eine Gelegenheit zur Machtübernahme verpaßten —, haben bereits einen Kniefall vor Herrn Thyssen getan; denn der Besuch des Herrn Hitler bei Thyssen vor einigen Tagen war doch nicht so von ungefähr. Es geht bei den Nazis um die Entscheidung, wieweit Herr Hitler bereit ist, den Anforderungen seiner Geldgeber Rechnung zu tragen! Ehe ihm noch weitere Geldmittel bewilligt werden, mußte man wissen, ob er die Partei restlos für das einsetzen wird, was bereits Herr Gregor Strasser in der Programmrevision zum Ausdruck gebracht hat, nämlich: vollen aktiven Schutz des kapitalistischen Privateigentums, keinerlei Eingriffe in die Privatinitiative des Unternehmertums — auch nicht bezüglich des Lohnabbaus — und ferner in jeder Hinsicht die Unterstützung der Bourgeoisie bei der Durchführung ihrer Maßnahmen gegen die werktätigen Massen.

Wir haben nie für ernst genommen, was Sie (Zu den Nationalsozialisten.) in Ihrem Programm zu stehen hatten; das brauchten Sie nur zum Betrug der Massen. Aber daß sie es sogar noch ändern müssen, das zeigt, daß Ihre Geldgeber bereits sehr um sich besorgt geworden sind auf Grund des Ansturms der Massen — es zeigt, daß die Massen nunmehr auch Ihr Programm ernst nehmen und unter Führung der Kommunisten wirklich die Enteignung der Kapitalisten vornehmen könnten. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Außerdem hat Herr Strasser noch verkündet, was die Nazis unter Sozialismus verstehen: nämlich die alte Unter-

tanenknechtschaft des reaktionären Preußentums. Dem entspricht auch die Beurteilung der werktätigen Massen durch Herrn Hitler als „degeneriertes Untermenschentum“ — während er sich selbst als den „großen Übermenschen“ einschätzt. Nun, der 6. November wird auch den Nazis die Quittung für diese „Rettung des Volkes“ geben.

Die Stadtverordnetenversammlung wird durch ihre Abstimmung vor den werktätigen Massen dokumentieren müssen, ob sie den ablehnenden Beschluß — der im Ausschuß gefaßt worden ist — wirklich ernsthaft gegenüber dem Magistrat und der Aufsichtsbehörde durchkämpfen will, oder ob sich nicht auch in dieser Versammlung bestätigen wird, daß im Interesse der Bourgeoisie, des Großkapitals, alle diese Strangulierungen der Rechte des werktätigen Volkes unterstützt werden. Diese Versammlung wird im letzteren Falle — das ist sehr günstig vor den Wahlen — der Wählerschaft beweisen, daß sie die Entrechtung des werktätigen Volkes in Groß-Berlin durchführen will, so, wie es vom Magistrat, so, wie es von der ehemaligen sozialdemokratischen Regierung in Preußen, von Severing, gewollt ist, und daß die Sozialdemokratie als Wegbereiter des Faschismus den Weg der Entrechtung des Volkes weitergeht, wie sie es bisher getan hat.

„Stenographische Berichte über die Sitzungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung“, Jahrgang 1932.

Für eine feste Einheitsfront aller Werktätigen gegen die Schleicher-Regierung!

Aus der Rede im Reichstag¹
7. Dezember 1932

Die werktätigen Massen Deutschlands unter der Führung der Kommunistischen Partei stehen auch der Schleicher-Bracht-Regierung im schärfsten Kampfe gegenüber. Die gestrigen Demonstrationen in Berlin wie im ganzen Reich, die trotz aller Demonstrationsverbote und trotz des Einsatzes der Polizeigewalt von den Massen durchgeführt wurden, sind ein Ausdruck des Kampfwillens der werktätigen Massen Deutschlands. Diese werden sich an der Durchführung des Kampfes bis zur Vernichtung dieses Herrschaftssystems weder durch die Betrugsmanöver der Sozialdemokratie oder der Nazis noch durch die Drohungen und die Gewaltmaßnahmen der Regierung hindern lassen. Lange genug, viel zu lange, haben sie sich von den Parteien und den Regierungen narren lassen. Trotz aller gegenteiligen Versprechungen sind sie in immer tieferes Elend hineingestoßen worden.

Immer größere Teile der werktätigen Massen begreifen, daß ihr Leben und ihre Gesundheit, ihre ganze Existenz auf dem Spiele steht und daß die Kommunisten recht haben, wenn sie ihnen sagen, daß ihnen weder ein Gott noch ein Hindenburg, noch ein Schleicher, noch ein Hitler oder Wels helfen wird, sondern daß alle nur dazu beitragen, das Massenelend zu vermehren; daß

¹ Die erste Sitzung des am 6. November 1932 gewählten Reichstages, am 6. Dezember, diente der Wahl des Präsidiums: Präsident wurde Göring (NSDAP). In der zweiten Sitzung, am 7. Dezember, stand ein Gesetzentwurf zur Abänderung der Verfassung zur Debatte. Danach sollte der Präsident des Reichsgerichts den Reichspräsidenten vertreten. Es kam zu einer stürmischen Auseinandersetzung. Die Sitzung wurde auf eine Stunde unterbrochen, die Tribünen wurden geräumt. Die Verfassungsänderung wurde in zwei Lesungen angenommen. Dann trat der Reichstag in die Beratung von Anträgen ein, die sich gegen die Papenschen Notverordnungen richteten. *Die Red.*

die Massen aus dem Elend nur herauskommen, wenn sie selbst Hand ans Werk legen, wenn sie selbst den Kampf aufnehmen und einig und geschlossen den Kampflosungen der Kommunistischen Partei folgen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.) Die auf dieser wachsenden Erkenntnis beruhende Radikalisierung der Massen, der revolutionäre Aufschwung, war neben den wachsenden Gegensätzen im Lager der Bourgeoisie eine der Hauptursachen des Sturzes der Papen-Regierung. Sie vermochte nicht, die Wirtschaft anzukurbeln, obwohl den Industriellen und Großagrariern Milliarden von Mark an Subventionen gewährt worden sind. Sie hat aber mit ihrem Hungerprogramm des Lohn- und Unterstützungsraubes, der Lebensmittelverteuerung und der Steuerschinderei die große Streik- und Kampfbewegung unter Führung der Kommunisten ausgelöst und ist dadurch an der Durchführung ihres Hungerprogramms gehindert worden.

Sosehr sich auch Herr Papen und Herr Gayl bemühten, als Werkzeuge Gottes zu erscheinen — ich erinnere nur an die Rede des Herrn Gayl im Gustav-Adolf-Verein, wo er sich als ein solches Werkzeug ausgab —, sosehr sie sich des Vertrauens des Herrgottes rühmten und sosehr sie sich auch der Methode des Gesundbetens oder des Herrn Coué bedienten, so ging es doch mit der kapitalistischen Wirtschaft und vor allen Dingen mit der Lebenshaltung der breiten werktätigen Massen rasend bergab. Die Profite des subventionierten Unternehmertums stiegen zwar, aber die kapitalistische Wirtschaft wurde nicht angekurbelt, die Bankrotte nahmen zu. Arbeit wurde den Erwerbslosen trotz der Einstellungsprämien an die Unternehmer nicht verschafft. Der Absatz wurde nicht gesteigert, sondern gerade mit den Mitteln, mit denen die Wirtschaft angekurbelt werden sollte — mit dem Lohn- und Unterstützungsabbau und den Massensteuern —, gedrosselt, damit wurde die Produktion eingeschränkt und das Wachstum der Massenerwerbslosigkeit weitergetrieben. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Dieser Bankrott der Politik der Papen-Gayl-Schleicher-Regierung bei der Durchführung ihres Hungerprogramms — das eine verheerende Wirkung auf die Lebenshaltung der Massen hatte und das eine Radikalisierung hervorrief — und der Druck auf die bürger-

lichen Parteien — auch auf die Sozialdemokratie —, das alles war so stark, daß keine von diesen Parteien es wagen konnte, vor den Massen die Verantwortung für diese Politik zu übernehmen, obwohl sie alle mit dem Programm der Regierung einverstanden sind. Ich erinnere an die Abstimmung vom 12. September in diesem Hause, wo mit Ausnahme der Hugenberg-Partei alle übrigen Parteien den kommunistischen Anträgen gegen die Papen-Schleicher-Gayl-Regierung zustimmten. Sie fürchteten die wachsende Massenempörung und glaubten sie damit von sich abzulenken und die Massen von Kämpfen zurückhalten zu können. Daß diesen Parteien der Betrug nicht gelungen ist, zeigt die Reichstagswahl vom 6. November, bei der die Kommunistische Partei als die einzige Siegerin aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist. Die zwei Millionen Stimmenverlust der Hitlerpartei, der Verlust von dreiviertel Million Stimmen der Sozialdemokratie, die halbe Million Stimmen, die sogar das Zentrum gemeinsam mit der Bayrischen Volkspartei verloren hat, die sechs Millionen Stimmen der Kommunisten, das ist die Antwort der werktätigen Bevölkerung Deutschlands (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) auf die Politik des Betrugs, der Aus hungerung und Vernichtung der Massen durch die Regierung und der für ihre Politik und ihr Programm verantwortlichen Parteien. Und die Wahlen, die nach dem 6. November in Sachsen und Thüringen stattgefunden haben, zeigen die weitere Entwicklung in dieser Linie.

Aber mehr noch als das Wahlergebnis zeigen die wachsenden Streikkämpfe, die wachsenden außerparlamentarischen Aktionen, die wachsende Einheitsfront aller Werktätigen unter der Führung der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, daß es den bürgerlichen Parteien immer weniger gelingt, die Massen zu betrügen und von den Kämpfen zurückzuhalten.

Von besonderer Bedeutung ist dabei der Groß-Berliner Verkehrsarbeiterstreik^[53], der Anfang November volle fünf Tage lang den gesamten Verkehr der Reichshauptstadt stilllegte, obwohl sich die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbürokratie alle erdenkliche Mühe gegeben hatten, den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Weder die Verbindlichkeits-

erklärung des Lohnabbauschiedsspruchs noch die Entlassungsandrohungen der Direktion, noch der schlimmste Polizeiterror vermochten die Verkehrsarbeiter Berlins von der Durchführung des Kampfes zurückzuhalten. Selten ist ein Streik so geschlossen und einheitlich und mit solcher Unterstützung der werktätigen Bevölkerung — besonders der Erwerbslosen und der Frauen — durchgeführt worden wie dieser Berliner Verkehrsarbeiterstreik. Wir Kommunisten sagen es ganz offen, daß wir stolz darauf sind, als die einzige Partei den Berliner Verkehrsarbeitern dabei geholfen zu haben, diesen Kampf auszulösen und fünf Tage lang durchzuführen. Wir haben damit den werktätigen Massen den einzig möglichen Weg gezeigt, auf dem sie der Durchführung des Hungerprogramms der Regierung wirksam entgegentreten können. Wenn mit diesem Streik der Abbau des Lohns noch nicht verhindert werden konnte, so lag das an dem Streikbruch, der von der sozialdemokratischen Partei- und der Gewerkschaftsbürokratie organisiert wurde, und an gewissen Schwächen, die sich in der Kampfführung noch zeigten.

Ich möchte hier nur ein paar Worte über die Rolle der Nazis in diesem Streik sagen. Die Nazigauleitung wurde erst unter dem Druck der Massen und der Naziarbeiter gezwungen, überhaupt die Streikparole auszugeben. Bis zum Ablauf des ersten Streiktages lag nicht der geringste Aufruf der Nazigauleitung zum Streik vor. Sie war es, die alles versucht hat, die Einheitlichkeit der Kampfführung zu stören. Sie verpflichtete ihre Anhänger unter den Verkehrsarbeitern, sich nicht der zentralen Streikleitung und ihrer Verhandlungskommission einzugliedern. Die Naziverkehrsarbeiter haben sich aber trotz dieser Anweisung der Gauleitung mit den kommunistischen und den anderen Arbeitern solidarisch erklärt. Am zweiten Streiktage — nachdem von der Direktion die Entlassungsandrohung proklamiert wurde — wurden am Nachmittag von der Nazigauleitung alle Streikposten der Nazis zurückgezogen. Am dritten Streiktage, am Tage vor der Reichstagswahl, ist in Berlin bekannt geworden, daß von der Zentraleitung der Hitlerpartei die Anweisung an ihre Berliner Gauleitung gegeben worden ist, unter allen Umständen den Streik zum Abbruch zu bringen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Am Montag, dem fünften Streiktage, haben dann fast

alle Mitglieder der nationalsozialistischen Betriebsorganisation bereits im Betrieb gearbeitet. Am Abend dieses fünften Streiktages haben in der Sitzung der zentralen Streikleitung, in der sich gegen den Willen der Berliner Gauleitung vier Naziarbeiter befanden, zwei Naziarbeiter für den Abbruch des Streiks gestimmt, einer hat sich der Stimme enthalten, ein anderer ist nicht erschienen. Ich stelle also fest, die von den Nationalsozialisten verbreitete Behauptung, daß gegen ihren Willen der Streik zum Abbruch gebracht worden wäre, ist unrichtig. Vielmehr ist gerade die nationalsozialistische Gauleitung neben den sozialdemokratischen und den Gewerkschaftsführern daran schuld, daß dieser Streik ergebnislos abgebrochen werden mußte. (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Es ist doch auch nicht von ungefähr, wenn dem Herrn Strasser von Herrn Schleicher die Bedingung gestellt wurde, daß die Hitlerpartei sich unter keinen Umständen mehr an einem Streik beteiligen dürfe und daß die Antwort gegeben worden ist: Vor den Wahlen ließe sich über diese Bedingung überhaupt nicht reden. Soviel zu dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik!

Die Papen-Gayl-Schleicher-Regierung ist durch die Klassenkraft des werktätigen Volkes, durch ihre Streik- und Kampf- bewegung unter der Führung der Kommunisten gesprengt worden. Papen und Gayl sind ausgeschifft. Sie haben mit ihrer Politik innen- und außenpolitisch Schiffbruch erlitten. Aber das Papen-Programm des Hungers, des Krieges und des Faschismus ist geblieben. Denn dieses Programm ist nicht das Programm nur einiger Personen in der Regierung, sondern es ist das Programm des Finanzkapitals, der Schwerindustrie und der Großagrarier. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Diese suchen sich die geeigneten Regierungsmitglieder aus, denen sie zutrauen, daß sie dieses Programm gegen die werktätigen Massen durchführen. Eine neue Regierung mit einem neuen Mann an der Spitze soll dieses Programm verwirklichen.

Allerdings ist diese neue Regierung eigentlich die alte Papen-Regierung mit einigen neuen Erwerbungen: Bracht, Gereke, Syrup — sehr bekannte Reaktionäre! Und auch der neue Mann an der Spitze der Regierung gehörte der Papen-Regierung an. Und doch bedeutet die Einsetzung der Schleicher-Bracht-Regierung

eine neue außerordentlich große Gefahr für die werktätigen Massen. Das zeigen schon die Bemühungen der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nationalsozialisten sowie auch der Sozialdemokratie, den wahren Charakter dieser Schleicher-Bracht-Regierung zu verschleiern. Man sucht den Anschein zu erwecken, als sei diese Regierung gewillt und fähig, dem Massenelend entgegenzuwirken, eine Belebung des Arbeitsmarktes herbeizuführen, den Massen Arbeit zu geben, die Wirtschaft anzukurbeln. Aber diese Regierung hat eine ganz andere Aufgabe von dem Bank-, Industrie- und Agrarkapital zugewiesen erhalten. Sie soll durchführen, was der Papen-Regierung nicht gelang: das Hungerprogramm. Sie soll es durchführen mit den schärfsten Gewaltmitteln gegen die werktätigen Massen und gegen ihre Führung, die Kommunistische Partei. Darum legte Hindenburg das Amt des Reichskanzlers und des Reichswehrministers in die Hand des Generals von Schleicher; darum berief er den Erzreaktionär Bracht zum Innenminister. Darüber hinaus soll dieses Kabinett die Rüstungs- und Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie, die Eingliederung Deutschlands in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion mit Einsatz aller Kräfte betreiben. Wenn Papen bei dieser gleichen Politik scheiterte und Deutschland in eine völlige Isolierung brachte, so soll Schleicher als ein besonderes Werkzeug der Schwerindustrie und als Vertrauensmann des Reichsverbandes der deutschen Industrie diesen Mißerfolg Papens korrigieren. Ein Vertrauensmann des Herrn Schleicher hat gegenüber einem französischen Journalisten in einem Interview die Aufgabe Schleichers dadurch zu glorifizieren versucht, daß er sagte, das außenpolitische Programm der Reichsregierung auf dem Gebiete der Rüstungsfreiheit solle die Worte verwirklichen, die an jedem französischen Denkmal stehen: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Eine schöne Brüderlichkeit, bei der man dazu rüstet, sich gegenseitig die Hälse abzuschneiden!

Bei der Beurteilung dieser Aufgaben des Schleicher-Bracht-Kabinetts ist noch von besonderer Bedeutung die Rolle des Reichspräsidenten Hindenburg, der in der ganzen Zeit seiner Amtsperiode im Dienste der deutschen Bourgeoisie gegen die werktätigen Massen vorgegangen ist. Mein Parteifreund Schneller hat diese Rolle Hindenburgs schon in einer scharfen Form

gekennzeichnet, und es entsprach durchaus dieser Kennzeichnung, wenn ihm nicht gestattet wurde, seine Rede von dieser Tribüne aus zu Ende zu führen. Hindenburg war bei der diesjährigen Wiederwahl der Kandidat der Sozialdemokratie als der angebliche Retter und Hüter der bürgerlichen Demokratie und der Weimarer Verfassung. Nun, der 20. Juli in Preußen^[54], vor allem aber die Anwendung des Artikels 48, die ständige Ausschaltung des Parlaments, die unerhörten Notverordnungen gegen die Werktätigen und der angekündigte Wahlrechtsraub zeigen, wie dieser angeblich über dem Parteienstreit stehende Präsident ein willfähiges Werkzeug in den Händen der Großbourgeoisie für ihre Kriegs- und Hungerpolitik ist. Dieser gleiche Hindenburg, der Brüning und Papen zum Reichskanzler machte, hat jetzt den General Schleicher mit der Durchführung dieses Programms des Hungers, des Krieges und der faschistischen Diktatur beauftragt. Er ist es auch, der Herrn Hitler in diese Regierung einschließen wollte, und wir wissen auch, wie sich Herr Schleicher besonders um den Erfolg dieses Vorhabens bemüht hat. Hindenburg will die stärkste nationalistisch-faschistische Konzentration in Deutschland herbeiführen zum Kampfe gegen die werktätigen Massen und zu ihrer Niederschlagung. Darum muß sich der Kampf der werktätigen Massen mit eben solcher Schärfe wie gegen die Regierung und die Bourgeoisie auch gegen den Reichspräsidenten Hindenburg richten.

Wenn es Schleicher nicht gelang, die Regierung der sogenannten nationalen Konzentration zu schaffen, so in der Hauptsache wegen des gesteigerten Massendruckes auf die Parteien. Es ist ihm nicht gelungen und wird ihm auch nicht gelingen, die infolge dieses Druckes und der Kampfbewegung der Massen wachsenden Gegensätze im Lager der Bourgeoisie zwischen Schwerindustrie und verarbeitender Industrie und den Großagrariern auszugleichen. Noch weniger aber wird es Herrn Schleicher gelingen, die werktätigen Massen zu täuschen und sie vom Kampf zurückzuhalten. Er kann ihnen mit brutalen Gewaltmitteln schwere Verluste beibringen, aber er wird niemals ihre Bewegung unterdrücken, noch ihnen ihre Führung, die KPD, nehmen.

Die Schleicher-Bracht-Regierung erscheint zwar wieder als eine Präsidialregierung im Auftrage des Herrn Hindenburg,

aber hinter dieser Regierung stehen die gesamten bürgerlichen Parteien sowie die Sozialdemokratie. Das hat sich gestern hier schon bei den Abstimmungen ganz klar gezeigt, als bei den kommunistischen Anträgen auf Erteilung eines Mißtrauensvotums gegen die Regierung und auf Aufhebung der Notverordnungen alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zur Hitlerpartei gegen diese Anträge gestimmt haben. Alle wollen dieser Schleicher-Bracht-Regierung Zeit verschaffen, damit ihr Programm verwirklicht werde. Breitscheid von der SPD will allerdings dieses Programm erst noch besonders aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers hören. Aber alle Parteien haben Angst vor einer neuen Auflösung des Reichstages und vor neuen Wahlen. Die Entwicklung vom Sommer dieses Jahres bis zur Wahl am 6. November hat die werktätigen Massen zur Erkenntnis der Lage gebracht. Das drückt sich aus in der wachsenden Abkehr von allen bürgerlichen Parteien, in der Zuwendung zur Kommunistischen Partei und in der Schaffung der kampftentschlossenen Einheitsfront der werktätigen Massen. Das weiß natürlich die Regierung, und deshalb imponieren ihr auch alle Oppositionsreden und Oppositionsanträge nicht, die von der Sozialdemokratie und von den bürgerlichen Parteien gehalten und gestellt werden.

Zur Charakteristik der Politik der Sozialdemokratie dient besonders das Interview, das der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Leipart, einem französischen Korrespondenten der Zeitung „Excelsior“ gegeben hat und das in dieser Zeitung am 4. Dezember veröffentlicht worden ist. Herr Leipart hat erklärt, daß „wir“ — er meint die Sozialdemokratische Partei und den ADGB — dem Reichskanzler Schleicher aus seiner politischen Vergangenheit nichts vorzuwerfen hätten. Eine feine Solidaritätserklärung für Herrn Schleicher, die in etwas eigenartigem Kontrast zu der Rede steht, die hier der Vertreter der Sozialdemokratie gehalten hat, der sich geradezu überkugelte in Anklagen gegen die Papen-Regierung und der Zuweisung der Verantwortung an die gegenwärtige Schleicher-Regierung. Leipart aber sagt, Herrn Schleicher sei nichts vorzuwerfen! Gewiß, vom Standpunkt der sozialdemokratischen Politik, die diese Partei seit dem Beginn des Weltkrieges getrieben

hat, nicht. Herr Schleicher war der Mann Noskes, der 1919 die Freikorps zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung geschaffen hat. Er war es, der unter dem General Seeckt 1923 den Belagerungszustand gegen die Arbeiter durchführte. Er war es — und das sollte eigentlich die Liebe der Sozialdemokraten zu Herrn Schleicher etwas mindern —, der die Hermann-Müller-Regierung stürzte und der in der Papen-Regierung die schärfsten Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt hat. So wie Herr Leipart ein Freund Schleichers ist, so war Herr Schleicher allerdings ein Freund des ersten Reichspräsidenten, des Sozialdemokraten Ebert.

Leipart zeigte bei dieser Unterredung mit dem französischen Journalisten auch eine große Bewunderung für den General. Aber Leipart sagte noch mehr: Er sei überzeugt, Schleicher wolle eine Entspannung in den Gewerkschaften herbeiführen, damit er bei seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter behindert werde. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Daraus geht sehr klar hervor, welche Aufgabe Herr Schleicher den Gewerkschaften zugewiesen hat, und daß Herr Leipart gewillt ist, diese Aufgabe zu erfüllen. Die Verhinderung von Streiks, die Rolle des Streikbrechers, das ist die Aufgabe, die Leipart für die reformistischen Gewerkschaften übernehmen will.

Es werden hier Anträge von verschiedenen Parteien auf Abänderung der Notverordnungen verhandelt. Die Sozialdemokratie ist bescheiden und will nur einen kleinen Ausschnitt aus den unerhörten Notverordnungen der Papen-Regierung beseitigen, nämlich den sozialpolitischen Teil, der sich mit der Tariflockerung befaßt. Aber an den übrigen Teilen dieser Notverordnungen will sie nicht rütteln, obgleich deren Auswirkungen teilweise noch viel schlimmer sind. Sie will nicht in Konflikt mit den verfassungsmäßigen Bestimmungen geraten, und darum hat sie sich auch bei ihrer Forderung eines Volksbegehrens auf den sozialpolitischen Teil beschränkt. Wir haben offen erklärt, daß es der Sozialdemokratie bei dieser Forderung des Volksbegehrens nicht ernst mit einem wirklichen Kampf sei. Das wird dadurch bewiesen, daß sich die Sozialdemokratie monatelang still verhalten hat, als die Papen-Regierung ihre Entscheidung über den Antrag hinauszögerte. Sie ist jetzt froh, auf dem Wege eines Kom-

promisses mit Schleicher um dieses für sie unangenehme Volksbegehren herumzukommen.

Wie wenig Gewicht Leipart darauf legt, daß der Abbau der Löhne und der Unterstützungen rückgängig gemacht wird, hat er dadurch gezeigt, daß er diesem Journalisten gegenüber erklärte, die Sozialdemokraten und der ADGB würden auf die Einschränkung dieses Abbaus erst dringen, wenn die finanzielle Lage es ermöglichte. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Nun, bei der heutigen Finanzlage des Reichs, bei dem 2-Milliarden-Defizit, bei dem unerhörten Finanzbankrott der Gemeinden können die Arbeiter lange warten, bis die Finanzlage — nach den Worten Leiparts — eine Einschränkung des Hungerprogramms ermöglichen wird.

Zu dem Wahlrechtsraub und der sogenannten Verfassungsreform sagte Leipart, er fordere, daß die neue Regierung ihre Vorschläge noch für einige Zeit beiseite legt. Also nicht etwa Kampf gegen den Wahlrechtsraub, sondern man will nur eine günstigere Zeit dafür abwarten. Das ist ungefähr dasselbe, was das Zentrum in der „Germania“ erklärt: Solange ein Haus brenne — und damit ist der revolutionäre Aufschwung der werktätigen Massen gemeint —, könne man nicht an einen Umbau des Hauses gehen.

Auf die Frage, ob der ADGB bereit sein werde, sich der Kriegspolitik der Regierung unterzuordnen, entschuldigte Leipart den General Schleicher und meinte, er sei nicht der Mann, den man sich so im allgemeinen vorstelle; er habe wohl Reden gehalten, die die französische Bevölkerung stark beunruhigten, aber hinter seiner Forderung auf Gleichberechtigung und Rüstungsgleichheit stünden alle Deutschen. Das ist nichts anderes als die offene Anerkennung der Kriegspolitik dieser Regierung und die Bereitwilligkeit, sie darin zu unterstützen.

Die Stellung Leiparts wird am 2. Dezember in einem der letzten „Deutschen Führerbriefe“, den Informationen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, behandelt. Es ist charakteristisch, wie die Führer der deutschen Industrie die reformistischen Gewerkschaftsführer einschätzen. Es wird dort ausgeführt, daß Herr Leipart in der Funktionärschule des ADGB in Bernau erklärt hat, die Gewerkschaften gingen über die Parteibindungen

hinaus und richteten den Blick zu sehr auf das Ganze, um Partei-fesseln zu tragen. Das soll gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein. Aber das sind doch dieselben Führer, die in Personalunion der Sozialdemokratischen Partei und des ADGB die werktätigen Massen hindern wollen, ihren revolutionären Kampf durchzuführen. Herr Silverberg, der der Verfasser dieses Artikels sein soll, sagte, daß diese Worte Leiparts um so ernster zu nehmen sind, weil sie Wort für Wort überlegt seien. Seine Bernauer Rede sei mit Direktor Seelbach — der vor etwa zwei Jahren von der Düsseldorf-er Staatlichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung an die ADGB-Schule gekommen und seitdem der intime Berater Leiparts ist — vorher genau durchgesprochen worden. Es soll auch das Dementi, das Herr Leipart später über seine Bernauer Rede im „Vorwärts“ veröffentlichte, von ihm nicht freiwillig gegeben, sondern ihm gewissermaßen abgezwungen worden sein.

Das ist also das Programm, wie es Leipart für den ADGB zur Unterstützung der Schleicher-Regierung aufstellt. Das ist aber auch die Einstellung der SPD-Führer, die in der Schleicher-Regierung bereits wieder das „kleinere Übel“ gegenüber der Hitler-Regierung propagieren. Der Chefredakteur des „Hessischen Volksfreundes“ in Darmstadt erklärt in seiner Zeitung:

Wir haben kein Interesse am Sturze der Schleicher-Regierung, solange keine uns genehmere Regierung an ihre Stelle tritt. („Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Gegen unverbindliche Zusagen auf Arbeitsbeschaffung, um einiger Milderungen der Notverordnungen willen sind die SPD-Führer bereit, die Schleicher-Regierung bei der Durchführung ihres Programms des Hungers, des Krieges und des Faschismus zu unterstützen, stellen sie sich in eine Front mit der Hitlerpartei, um die Bourgeoisie — wie sie sagen — vor dem Bolschewismus zu retten. Die deutschen Gewerkschaftsführer sind bereits an der Grenze angelangt, an der sich die italienischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer von der Arbeiterklasse schieden, als sie das Bündnis mit Mussolini zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung eingegangen sind. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Leipart, der deutsche D’Aragona, geht ganz be-

wußt mit der Unterstützung der Gewerkschaftsführer diesen Weg.

In dem Parteiaufruf, den die Sozialdemokratie am 5. Dezember herausgab, wird zwar in Worten schärfste Opposition gegenüber der Schleicher-Regierung angekündigt — was aber solche Worte bei den Sozialdemokraten bedeuten, das weiß Herr Schleicher sehr genau einzuschätzen. Kein Wort vom Kampf gegen Lohnabbau, gegen Unterstützungsraub, kein Wort vom Kampf zum Sturz der Schleicher-Regierung, dafür aber eine um so größere Hetze gegen die Kommunisten. So sehen die Bundesgenossen von Schleicher aus, die durch ihre ganze Politik mit ihm verbunden sind und die dem Faschismus in Deutschland den Weg bereiten.

Sie haben demselben Herrn Bracht, als er bereits zum Regierungskommissar in Preußen bestimmt war, in Essen — wo er Oberbürgermeister ist — das volle Vertrauen ausgesprochen, indem sie erklärten: Die Übernahme des Kommissariats in Preußen habe doch nichts mit seinem Oberbürgermeisteramt in Essen zu tun. (Zuruf bei den Kommunisten: „In Essen werden die niedrigsten Unterstützungssätze gezahlt!“) Und diese Leute geben an, die werktätigen Massen aus dem Elend befreien zu wollen, obgleich ihre ganze Politik dieses Elend herbeigeführt hat und täglich steigert.

Nun zur Hitlerpartei. Sie hat auch wie die Sozialdemokratie dem deutschen Volke Rettung versprochen. Wie aber die Rettung ausschaut, das haben die Arbeiter und die Bauern in den Ländern Deutschlands erfahren, wo die Nazis die Regierungsmacht übernommen haben. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Ich brauche nur Oldenburg, Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg, Anhalt und die Stadt Koburg zu nennen. Sie haben in diesen Ländern die allerschlimmste Durchführung des Papen-Programms vollzogen. Dafür haben sie auch gerade in diesen Ländern am 6. November die Quittung erhalten. Sie haben hier den größten Stimmenverlust zu buchen. Große Versprechungen sind von der Hitlerpartei gemacht worden. Sie hat proklamiert: Rücksichtsloser Kampf gegen die Regierung! Alleinige Machtübernahme durch Herrn Hitler, keine Teilung der Macht! Aber was sich vom 13. August bis zum 23. November abgespielt hat, ist ein Kuh-

handel, von dem der nationalsozialistische Reichstagspräsident in seiner Antrittsrede sagte, daß er nicht seinesgleichen in der Geschichte habe. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Daß Herr Hitler bei diesem Kuhhandel um die Regierungsübernahme eine rühmliche Rolle gespielt hat, wird selbst der größte Optimist in ihren Reihen nicht behaupten wollen.

Wir sind einigermaßen unterrichtet über die sehr verschiedenartige Beurteilung dieser Bemühungen, die Regierungsmacht in die Hand zu bekommen. Wir machen uns keine Sorge um ihre Sorgen. Wir machen uns aber große Sorgen um die Arbeiter, die sich von diesen Versprechungen des Herrn Hitler haben ködern lassen und ihm gefolgt sind. Wir werden uns die größte Mühe geben, daß die Arbeiter noch mehr als bisher zu der Erkenntnis kommen, daß der Weg des Herrn Hitler nicht eine Rettung des werktätigen Volkes ist, wohl aber eine Rettung der deutschen Bourgeoisie. Wir haben bei dieser ganzen Kampagne der letzten Monate sehr aufmerksam verfolgt, wie sowohl in der Sozialdemokratie als auch in den Reihen der Hitlerpartei die Arbeiter immer mehr rebellieren gegen die Politik ihrer Führer. (Lachen bei den Nationalsozialisten. — „Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Herr Goebbels hat in Berlin besonders darunter zu leiden. Er muß sich große Mühe geben, den Gegensatz zwischen den Worten und den Taten des Herrn Hitler den Arbeitern begreiflich zu machen.

Ich muß bei der Kürze der festgesetzten Redezeit, da noch einer meiner Parteifreunde etwas zu diesen Anträgen sagen will, leider zu Ende kommen. Herr Hitler selbst hat erklärt, daß es keinen Ausweg aus diesem wirtschaftlichen Chaos gibt, es sei denn, daß man ihm die Macht übergebe. Aber Herr Hitler hat nicht verraten, wie er den Absatz schaffen will, wegen dessen Mangel die Produktion eingeschränkt wird und die Massenarbeitslosigkeit immer weiter wächst. (Zuruf bei der NSDAP: „Anders als in Rußland wird er es machen!“) Sie verweisen mich auf ein passendes Argument. Wir haben in der Tat in der Sowjetunion das einzige Land, wo es keine Erwerbslosigkeit gibt. (Lachen bei den Nationalsozialisten. — Lebhaftige Zustimmung bei den Kommunisten.) Wir Kommunisten sagen den Arbeitern: Geht diesen Weg, den die russischen Arbeiter und Bauern be-

reits vor 15 Jahren unter Führung der Bolschewiki gegangen sind. Sie haben damals die Arbeiter aus dem Weltkriege befreit, den Bauern Land, den Arbeitern die Produktionsmittel in die Hand gegeben, damit sie kraft dieser Mittel in der Lage waren, die Produktion nach den Bedürfnissen der breiten werktätigen Massen zu gestalten.

Aber diese Befreiung der Massen aus Massenelend und Arbeitslosigkeit wird nicht etwa auf dem Wege erfolgen, den Herr Hitler den Massen zeigt, ebensowenig wie auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie, den die Sozialdemokratie weist. Dazu ist notwendig: die Einheitsfront der werktätigen Massen zu schaffen, in Einheitsausschüssen zum Kampf gegen Lohnabbau und Kapitaloffensive, gegen die Schleicher-Regierung, gegen die faschistische Unterdrückung, gegen die Kriegspolitik alle Werktätigen zusammenzufassen! Diese Aufgabe kann allein die Kommunistische Partei lösen, weil nur sie den Sturz dieses kapitalistischen Systems will. Die Rede, die der Nationalsozialist hier gehalten hat, zeigte, daß die Hitlerpartei zur politischen Lage in diesem Reichstage nicht Stellung nehmen will und deshalb einen Arbeiter vorschickte, der eine Rechnung aufmachte über die Geschenke der Papen-Regierung an die Bourgeoisie. Aber die Nationalsozialisten sind doch jetzt drauf und dran, dieselbe Politik durch die Schleicher-Regierung zu unterstützen und deren Ausplünderungspolitik gegen die Massen noch zu steigern.

Wir Kommunisten rufen die werktätigen Massen auf, in Teilkämpfen in den Betrieben, den Stempelstellen, in den Kämpfen um die Wohnung, gegen den Mietwucher die Kraft zur Zusammenfassung dieser Kämpfe zu großen politischen Massenstreiks zu finden und mit diesem Kampfmittel die ganze kapitalistische Wirtschaft und Herrschaft zu zerschlagen, die kapitalistischen Regierungen zu verjagen und an ihre Stelle zu setzen die einzige Kraft, die fähig ist, die Wirtschaft wieder aufzubauen: die Sowjetmacht in Deutschland!

Wir Kommunisten sind die einzigen, die durch den proletarischen Internationalismus die Garantie dafür schaffen, daß die imperialistischen Kriege verhindert werden, daß die werktätigen Massen sich über alle Grenzen hinweg vereinigen gegen die Kriegsverbrecher, gegen die Imperialisten, daß sie die Waffen

benutzen, nicht um sich gegenseitig niederzuschießen, sondern um die Bourgeoisie zu schlagen und um ihre Lebensinteressen gegen alle Feinde der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Wir Kommunisten rufen die werktätigen Massen Deutschlands auf zur Generalabrechnung mit allen Feinden der Arbeiterklasse; wir rufen sie auf, im gemeinsamen Kampf die Kraft zu steigern, um mit dieser verfaulenden kapitalistischen Wirtschaft ein Ende zu machen und ein freies, sozialistisches Deutschland zu errichten.

*„Verhandlungen des Reichstags,
VII. Wahlperiode 1932“, Bd. 455.*

Antifaschistische Einheitsfront, gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur

Reden im Preußischen Landtag¹

I

*Zur Geschäftsordnung
4. Februar 1933*

In den verschiedensten Ausschüssen des Landtages sind ungefähr 300 Anträge, die den Ausschüssen aus dem Hause überwiesen wurden, behandelt und erledigt worden. Die Abstimmung über diese 300 Anträge sollte bereits in der vorigen Sitzung des Landtages erfolgen. Heute steht nun auf der Tagesordnung als einziger Punkt ein Auflösungsantrag der nationalsozialistischen Fraktion. Gleichgültig, wie das Ergebnis der Abstimmung sein wird, halten wir es für nötig, daß vor der Beratung dieses Tagesordnungspunktes die Abstimmungen über die Anträge, die aus den Ausschüssen an das Haus gekommen sind, vorgenommen werden. Denn wir wollen nicht annehmen, daß es der Wille der Nationalsozialisten ist, die Abstimmung über die Anträge, die zum Teil von ihnen selbst gestellt worden waren, mit denen sie angeblich die schwere wirtschaftliche Lage der Arbeiter und der Bauern erleichtern wollen, dadurch unmöglich zu machen, daß sie vorher den Landtag auflösen. Das würde eine sehr große Enttäuschung für diejenigen bedeuten, denen die Nationalsozialisten versprochen haben, im Landtage für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Wir haben zu verzeichnen, daß der Landtag niemals so wenig zusammen gewesen ist wie gerade im letzten Jahre unter dem Vorsitz eines nationalsozialistischen Präsidenten.

¹ Zu Beginn der Sitzung teilte der nationalsozialistische Landtagspräsident mit, die nationalsozialistische Fraktion werde jede Erweiterung der Tagesordnung ablehnen. Er legte den Abgeordneten nahe, daher auf Wortmeldungen zur Geschäftsordnung zu verzichten. Die kommunistischen Abgeordneten ließen sich jedoch auch dadurch nicht daran hindern, die nationalsozialistische Parlamentspraxis zu entlarven.
Die Red.

Deshalb sollte nun wenigstens noch das erledigt werden, was durch die Arbeit der Ausschüsse für das Plenum vorbereitet ist.

Wir stellen also den Antrag, vor Eintritt in die Behandlung des nationalsozialistischen Auflösungsantrages die Abstimmung über diese 300 Anträge vorzunehmen. Darunter befindet sich eine große Reihe von Anträgen, mit denen sowohl den Arbeitern wie den Bauern, den Kleingewerbetreibenden, allen Werktätigen in ihrer Not geholfen werden soll. Eine Ablehnung dieser Abstimmung würde die versprochenen Erleichterungen zum mindesten auf Monate hinaus verschieben. Deswegen verlangen wir, daß zunächst über diese Anträge hier im Hause abgestimmt wird.

II

Zur Geschäftsordnung

4. Februar 1933

Die gegenwärtige Situation ist natürlich sehr geeignet, alle möglichen Gerüchte zu erzeugen. Ich will nur feststellen, daß im Hause das Gerücht umgeht, daß die nationalsozialistische Fraktion die Absicht habe, bei diesem Punkt der Tagesordnung eine Abstimmung über ihren Antrag durch eine Sprengung der Sitzung unmöglich zu machen. (Lachen bei der NSDAP. — „Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Ich nehme an, daß der Widerspruch der Nationalsozialisten sich gegen dieses Gerücht wendet. Ich nehme auch an, daß alle Parteien des Hauses ein Interesse daran haben, daß diese Sitzung ordnungsgemäß zu Ende geführt wird, daß eine Aussprache über die Fragen, die dieser Antrag aufwirft, stattfindet. Ich stelle also fest, daß die Nationalsozialisten von sich aus Widerspruch gegen dieses Gerücht erheben und damit bekunden, daß sie diese Absicht nicht haben. (Zuruf bei der NSDAP: „Seid ihr so ängstlich?“ — Lachen bei den Kommunisten.)

III

4. Februar 1933

Als Begründung für den Antrag der Nationalsozialisten auf Auflösung des Preußischen Landtages gab der Abgeordnete Kube an, die Nationalsozialisten erwarteten von der Neuwahl